

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstmal wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **525000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Bergarbeiter nicht endgültig fallen gelassen habe, sondern sich sogar mit einem Sondergesetz trage. Wozu sollen die Bergflaven etwas lernen, was nicht unbedingt zur Grubenarbeit notwendig ist?

So dürfte trotz alledem die letzte Session dieses Reichstages für das Volk nicht mehr gefährlich werden, wenn schon auch nichts gutes vor ihr zu erwarten ist. Und der neue Reichstag soll kein Parlament gegen, sondern für das Volk, kein Instrument der Junker und Pfaffen, sondern ein Volkshaus werden!

Die letzte Session dieses Reichstags.

Nachdem der Reichstag bis in den Sommer hinein getagt hatte, um durch eine Schweigekammer des Komplottes der bürgerlichen Parteien die Reichsversicherungsordnung mit ihrer Entrechtung der Arbeiter durch den Raub der Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen durchzubringen, war er in die Ferien gegangen, um am 17. Oktober zu seiner letzten Tagung zusammenzutreten.

Es kann sich nur um eine etwa zweimonatige Schlussession handeln, in der doch nichts rechtes mehr gearbeitet, auch der Etat für 1912 nicht behandelt werden kann, so daß es das Vernünftige gewesen wäre, den Reichstag vor Ablauf seines natürlichen Endes aufzulösen und etwa im September die Neuwahlen vornehmen zu lassen. Mit seinen hippokratischen Zügen (hippokratisches Gesicht = der Gesichtsausdruck des Sterbenden) bietet der sterbende Reichstag ein jämmerliches Bild, es fehlt ihm vor allem der Wille und die Kraft zur guten Tat. Zu schlechten Streichen vermochte er wohl noch immer die nötige Kraft aufzubringen und er würde damit nur seiner bisherigen Tätigkeit treu bleiben. Der aus dem ursprünglichen Willen-Block-Reichstag zum gemeinschädlichen schwarzen Schnaps-Block-Reichstag geborene Sieg der Portentottenwahlen von 1907 hat sich selbst eine traurige Geschichte zurechtgemacht, in der die Finanzreform von 1909 und die Reichsversicherungsordnung von 1911 die Hauptpersonen bilden. Es ist in der Tat nicht ausgeschlossen, daß er in seinen letzten Reden noch einige realistische, volksfeindliche Schelmenstücke verübt, wie zum Beispiel die Verschlechterung der Strafgesetznovelle durch die lex Wagner mit Geldstrafen bis zu 2000 M oder entsprechenden Gefängnisstrafen für Beleidigungen, wodurch der sozialdemokratischen Presse die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Kritik geraubt werden soll; oder durch die Annahme des Antrages des Scharfmacherverbandes auf Schaffung eines Zuchthausgesetzes in Form der Verschärfung des Strafgesetzes durch Festsetzung drakonischer Gefängnisstrafen, um der Arbeiterschaft das Streikrecht zu entwinden und damit auch das ganze Koalitionsrecht wertlos zu machen.

Der schwarze Block, dessen Niedergang unaufhaltsam ist, wie die Wahl von Dörfel wieder zeigt, mag wohl ein va banque-Spiel wagen und noch im Todeszucken neue Schandtaten begehen, um seine Macht zu mißbrauchen, solange er sie noch hat; denn im Reichstage von 1912 hat er ausgespielt, da ihn die Wahlen im Sumpfe seiner am Volke begangenen Verbrechen begraben werden.

Der andere Versuch, durch weitere schwarze „Sozialpolitik“ gutes Wetter für sich zu machen, etwa nach dem verächtlichen Muster der Reichsversicherungsordnung, ist freilich nicht ausgeschlossen und auch an reicher Gelegenheit dazu fehlt es nicht, da noch verschiedene derartige Vorlagen unerledigt sind. Wir erinnern nur an die sogenannte große Gewerbeordnungsnovelle, das Heimarbeitsgesetz, die Arbeitskammer-Vorlage, die Versicherung der Privatbeamten u. i. w. Gegen alle diese Vorlagen haben die kapitalistischen Scharfmacher Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt und dadurch zum Teil deren Erledigung vereitelt. Das geschieht unterschiedslos gegenüber den Beamten und Angestellten in den Privatbetrieben wie gegenüber den Arbeitern. Wie und mit welchem Erfolge diese arbeitfeindlichen Umtriebe von den Unternehmern praktiziert werden, hat kürzlich der Bergarbeiter v. Löwenstein in der 53. Generalversammlung des Bergbauvereins für das Ruhrgebiet erzählt, indem er bezüglich der Privatbeamtenversicherung berichtete: „Erfreulicherweise hat der Bundesrat neben einigen unwesentlichen Änderungen den ganzen letzten Abschnitt, welcher die privaten und öffentlich-rechtlichen Pensionskassen behandelt, auf eindringliche Vorstellung der industriellen Kreise hin einer völligen Abänderung unterzogen, welche, soweit man dies bei der Kürze der Zeit zu überblicken vermag, im großen und ganzen unseren Wünschen entspricht.“

Das heißt „auf Wunsch“ der organisierten Ausbeuter und Volksfeinde, der für den Bundesrat Befehl ist, wurde die Vorlage wesentlich verschlechtert. Wie die Wünsche der Unternehmer beschaffen sind, läßt auch die alte und unheilbare manchesterliche Auffassung des genannten feudalen Bergbauers erkennen, der ferner darauf hinwies, daß die vorliegende Form einer Reichs-zwangsversicherung der Privatbeamten doch wieder ein gut Stück Staatssozialismus enthält, dem wir in den letzten Jahren wiederholt in unserer Reichsgesetzgebung begegnet sind. Auch wird eine unausbleibliche Folge des Gesetzes sein, daß die unersetzlichen Nebenleistungen unserer Arbeiterversicherungs-gesetze mit diesem Gesetz auch auf den Stand der Beamten über-griffen und daß die Erhaltung des Gefühls der Selbstverant-wortlichkeit für das eigene Lebensschicksal und die Versorgung der Angehörigen stark beeinträchtigt werden wird.“

In übrigen hoffte der Redner, daß der Entwurf der Privat-beamtenversicherung nicht überstürzt verhandelt wird und daß nicht „politische Motive und Wahlrücksichten seine Ausgestaltung beeinflussen“. Herr v. Löwenstein weiß also, weshalb die bürger-lichen Parteien — denn auf diese kann sich seine Anspielung nur beziehen — Sozialgesetze machen.

Bitter beklagte es der Beauftragte der Bergwerksunternehmer, daß man den Gedanken der Fortbildungspflicht für

Sodann hegte der Angestellte der Kohlenkönige gegen die Arbeitslosenfürsorge mit den bekannten Phrasen, daß sie der Sozialdemokratie keinen Abbruch tun und die Arbeiter nur demoralisieren würde in Gestalt der Vernichtung ihrer Wahrheitsliebe und der Übertreibung der Simulation, so daß die Arbeitslosigkeit erst recht „geächtet“, statt beseitigt werden würde. Nicht Arbeiterschutz will der Mann, der sich erlaubt, so ungeniert die Arbeiterschaft zu beschimpfen, sondern ein neues Ausnahmegesetz gegen sie fordert er.

Man sieht, wie die Staatshilfe und die Staatsmacht demoralisierend auf die bestehenden Klassen wirken und in ihnen alle Begriffe für Pflicht, Moral, Recht und Gerechtigkeit erbötet haben. Was geblieben, sind nur noch personifizierte und lebendige Geldsäcke, die sehr schlechte Stützen unserer Kultur sind.

Und noch eins: die Stadtverwaltungen schieben die Pflicht der Arbeitslosenfürsorge, wie es jüngst auf dem Deutschen Städtetag in Posen geschehen, dem Staat und dem Reich zu; die Regierungsleute betonen umgekehrt diese Pflicht für die Städte, und dann kommen die sprechenden Geldsäcke und verdammen den ganzen Gedanken, weil seine Durchführung die Arbeiterschaft demoralisieren und völlig verderben würde. Also durch die in den letzten 20 Jahren von den freien Gewerkschaften ausgegebenen 51 1/2 Millionen Mark für Reise- und Arbeitslosen-unterstützung wird nach Ansicht dieser Leute die Demoralisation, Verlogenheit und Simulationsucht der Arbeiter gefördert. „Moralisch“ ist im Sinne der Ausbeuter einzig, wenn sich der Arbeitslose um einen Hungerlohn an den ersten Ausbeuter verkauft und als billige Arbeitskraft den Profit erhöht.

Es ist nur gut, wenn die Privatbeamten durch solchen kapitalistischen Anschauungsunterricht darüber belehrt werden, daß sie von den Unternehmern durchaus nicht anders bewertet werden als der einfache Arbeiter, daß sie ebenfalls nur Ausbeutungsobjekt und Lohnarbeiter sind und daß sie auch von der Gesetzgebung nicht anders behandelt werden. Und nun sollte gerade das Beamtenversicherungsgesetz zu einem Wahlkörper für die abgewirkelteten bürgerlich-junkerlichen Parteien werden, sollten die hunderttausende Stimmen der Privatbeamten gewonnen und zur erfolgreichen Abwehr der heranbrausenden roten Flut benutzt werden. Der Herr v. Löwenstein und das den Scharfmachern entsprechende verschleierte Gesetz dürften aber diese saubere Spekulation auf die Privatbeamten als politisches Stimmvieh vereitelt und wohl das Gegenteil bewirkt haben. Die gleiche Folge dürfte auch der Korruptionsfonds des Zentralverbandes deutscher Industrieller haben, aus dem solche Reichstagskandidaten unterstützt werden sollen, die „bezüglich der sozialpolitischen Fragen auf Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gebührende Rücksicht nehmen und bereit sind, vor ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse und die Anforderungen des praktischen Lebens von der Vertretung der Industrie durch Vermittlung der Kommission für den industriellen Wahlfonds entgegenzunehmen und gewissenhaft zu prüfen“.

Der kurze Sinn dieses langen scharfmacherischen Phrasen-breies ist einfach der, daß aus dem Korruptionsfonds jeder Kandidat Unterstützung erhält, der sich verpflichtet, jeden Arbeiterschutz zu bekämpfen, dagegen jede Ausnahme- und Unterdrückungs-maßnahme gegen die Arbeiter zu unterstützen. Da für diese politische Korruption nur bürgerliche Reichstagskandidaten in Betracht kommen können, so wird man ihnen gegenüber die Parole auf den Nachweis reiner Hände ausgeben müssen. Die sozial-demokratischen Kandidaten sind gegen jede Korruption geschützt.

In Bezug auf das Heimarbeitschutzgesetz hat verlaundet, daß es die Regierung mit den Lohnämtern annehmen will, wenn es der Reichstag mit erheblicher Mehrheit annehmen werde. Es bleibt also das weitere abzuwarten.

Außerdem sind vom Reichstag für seine Herbsttagung folgende Gesetzesentwürfe zurückgestellt worden: Errichtung eines Kolonial- und Konjulgerrichtshofes, Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen der Fernsprechnetzordnung, Entwurf eines Gesetzes betreffend die Frage der u. s. w. der Kolonialbeamten, Rechnungsfachen, Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtskostengesetzes, Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes, Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben, Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe, Gesetzentwurf über die Ausgabe kleiner Aktien.

Besondere Bedeutung für uns hat von diesen Vorlagen noch jene betreffend die Hilfskassen, denen bekanntlich die weitere Existenz erschwert oder unmöglich gemacht werden soll, und auch der Entwurf betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben bean-sprucht unser besonderes Interesse, da es sich hierbei um eine agrarisch-fiskalisch-verkehrsfeindliche Maßregel handelt.

Die sozialdemokratische Fraktion wird mit ihren Inter-pellationen über Marokko, die Feuerung, die Maßrege-lung von Eisenbahnen in Ost- und Westpreußen und die reaktionäre Handhabung des Vereinsrechts kommen, um Recht und Gesetz gegenüber der Weltpolitik, der Wucherzoll-politik und behördlicher Willkür zu vertreten.

In der Luft liegen neue Millionenforderungen für die beschleunigte Vermehrung der Flotte und für die Schaffung eines Militärflottenstützpunktes, die aber dem neuen Reichstag auf-gepart werden, um die Wahlstimmung nicht noch mehr zum Schaden des schwarzen Blocks zu verschlechtern.

Tarifverträge im Maschinenbau.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Geheime Baurat Dr. ing. E. Blum, Generaldirektor der Berlin-Anhaltischen Ma-schinenbauaktiengesellschaft, im Berliner Tageblatt (Nr. 494, Morgenausgabe vom 28. September) einen Artikel, den wir für interessant genug halten, daß wir ihn in vollem Wortlaut nach-drucken. Die Redaktion des Berliner Tageblatts bemerkt vorweg:

„Wir bringen den nachstehenden Artikel zum Abdruck, da wir einem Manne von der Bedeutung des Herrn Verfassers auch dann Gelegenheit zur Darlegung seiner Ansichten geben möchten, wenn wir — wie das hier der Fall ist — diese Ansichten nicht teilen.“

Der Artikel lautet folgendermaßen: „Mehr wie jedes andere Fach ist der Maschinenbau auf eine fortschrittliche Entwicklung angewiesen. Länder, in welchen durch hohe Schutzzölle die Einfuhr fremder Maschinen erschwert oder gar verhindert ist, erhalten durch diese Maßregel nicht diejenige An-regung, welche durch das Eindringen neuer Konstruktionen zur Aus-bildung der eigenen Fabrikate gegeben wird. Sie bleiben daher in der Entwicklung des Maschinenbaus zurück. Wer im eigenen Lande die Konkurrenz des Auslandes durch billigere Preise und bessere Leistungen am eigenen Leibe erfährt, der wird sein Bestes tun müssen, um durch Verbesserung der Bauart und der Einrich-tungen zu billiger Herstellung den Fortschritt wahr zu machen. So wird er im eigenen Lande den Feind bekämpfen und beseitigen lernen und wird hierdurch um so besser in der Lage sein, den Kampf im Ausland aufzunehmen.“

Diesen Kampf im Inland und Ausland hat der deutsche Maschinenbau in den letzten Jahrzehnten mit großem Erfolg ausgenommen. Der deutsche Werkzeugmaschinenbau, der äußerst hart durch den amerikanischen Wettbewerb bedrängt war und teilweise heute noch bedrängt ist, hat sich so hervorragend entwickelt, daß die Leistung der einzelnen im Maschinenbau üblichen Maschinen bedeutend gehoben wurde und ständig weiter entwickelt wird. Hierdurch wiederum ist der Maschinenbau in die Lage ge-setzt, seine Arbeitsmethoden zu vervollkommen und sich in sich so zu organisieren, daß die Leistung der Arbeiter und damit die Leistung der einzelnen Fabriken gehoben wird. Hierdurch wiederum wird die billigere Herstellung und mit dieser die Konkurrenzfähigkeit verbessert. Die Preise im Maschinenbau sind seit Jahren auf der ganzen Linie rückläufig; trotzdem war es vielfach möglich, die Ver-dienste stabil zu erhalten, ja teilweise zu steigern. Es konnte dies nur durch immer weitergehende Spezialisierung der ein-zelnen Fabriken, durch Teilung der Arbeiten, durch massenweise Her-stellung der einzelnen Teile und durch Verbesserung aller Einrich-tungen erfolgen. Dabei ist hier kein Stehenbleiben möglich. Die Ingenieure haben ständig ihr Augenmerk auf weitere Verbol-lernung in den Konstruktionen zu richten; die Fabrikation ist eine eigene Wissenschaft geworden, der sich tüchtige, gut vor-geschulte Fachgenossen widmen. Durch die Einführung der Schnell-drehstäbhe sind die Leistungen der einzelnen Werkzeugmaschinen so erhöht, daß erste Fabriken nach und nach ihren Maschinenpark voll-ständig erneuern müssen. Drucklufttrieb und hydraulische Motoren, Schweißung und Ausschneiden mit Sauerstoff haben die Arbeits-methoden in den Kesselschmieden vollständig verändert; in den Stie-bermaschinen sind die Formmaschinen vorzüglich entwickelt worden, im eigentlichen Maschinenbau haben die Selbst- und Gangautomaten eine Einführung erlangt, welche die bisherige Arbeitsart vollständig hinter sich zurückläßt. All diese Neuerungen gehen ständig in Ein-führung und Anwendung vorwärts. Es ist die Aufgabe des Fabri-kanten, die Konstruktionen anzupassen an die Fabrikation und um-gekehrt. Das ist ein ständiges Studium über die Art der billigsten Herstellungsweise, ein ständiges Wechseln in den hierzu nötigen Ein-richtungen, Maschinen, Werkzeugen und Spannbearbeitungen. Hier-aus wiederum ergibt sich, daß die Arbeiter, welche mit jeder be-ginnenden Aenderung der Einrichtungen und Arbeitsmethode neu ein-zulernen sind, aus einer ganzen Reihe von Faktoren durch eigene hierzu geschulte Beamte neu ermittelt und festgesetzt werden müssen. Wir ist aus neuester Zeit ein Fall bekannt, in welchem es durch ent-sprechende Neueinrichtung und Reorganisation möglich wurde, die Erzeugungskosten der in Frage gestandenen Teile um über drei Viertel in den Lohnkosten herabzusetzen. Dabei wurde hierbei durch die regelmäßige Beschäftigung mit den gleichen Arbeitsvorgängen der Arbeitsverdienst der Arbeiter um etwa ein Drittel gegeben früher.

Erhöhung der Leistung ist die Aufgabe im Maschinenbau. Nur durch diese ist die soziale Schwierigkeit zu über-winden, welche in den früheren Verhältnissen lag. Es muß dem Fabrikanten ganz gleichgültig sein, ob der Arbeiter wesentl. er-höhten Verdienste bezieht, wenn dieser Verdienst nur im Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht. Auch ist es nicht lange her, daß die Trades Unions in England den Mitgliedern der Maschinenbau-gewerkschaft verboten, an mehreren Werkzeugmaschinen zugleich zu arbeiten. Man glaubte hierdurch das Bedürfnis für Arbeitsstellen zu erhöhen und sozialpolit. Leuten mehr Arbeit zu schaffen. Eng-land ist durch diese Weisheit seiner Gewerkschaften lange Zeit im Maschinenbau zurückgeblieben. Je mehr Maschinen (zum Beispiel Automaten) ein Mann gleichzeitig bedient, um so höher steigt die Arbeitsleistung und um so weniger Einfluß übt die Er-höhung des Gesamtverdienstes auf die Gestaltung des Stückpreises.

Fortschrittlich ist daher die Anpassung der Fabrikationseinrich-tungen an die möglichen Arbeitsleistungen. Der Arbeiter wird von solchen Verbesserungen Nutzen ziehen und sein Einkommen wird steigen, wenn auch die Einzelpreise für die zu leistenden Arbeiten sich ver-mindern. Rückwärts sind im Maschinenbau Tarifver-träge sein, welche die Leistungen begrenzen und den Fortschritt hemmen. Wer soll solche Tarifverträge aufstellen und auf welcher Grundlage? Dieselben müßten doch immerhin für jede Spezialität, für jede Werkstatt (je nach deren besseren oder weniger guten Ein-

richtungen) besonders aufgestellt werden. Wie nun, wenn die Kon-
struktionen wechseln, die Arbeitsschwindigkeiten gesteigert werden,
wenn eine weitergehende Arbeitsteilung als bisher vorgenommen
wird? Den Kaufmännern, der diesen Tarif ausstellen kann, möchte
ich sehen. Derselbe müßte für große Fabriken, wie beispielsweise
Borsig, zehntausende von Postionen haben, die alle binnen kurzer
Zeit mehr oder minder infolge des Fortschrittes hinfallen werden
würden.

Nicht aus Schamlosigkeit, die meinem ganzen Wesen
fernsteht, sondern aus fester, technischer Ueberzeugung, aus der Er-
fahrung, die ich in vierzigjähriger Tätigkeit in fortschreitender Ent-
wicklung des deutschen Maschinenbaues in mich aufgenommen habe,
erkläre ich Tarifverträge im Maschinenbau als den Anfang des
Endes. Die großartige Entwicklung des deutschen Maschinen-
baues, welcher im vorigen Jahre in Brüssel und jetzt wieder in
Turin so hervorragende Erfolge zu verzeichnen hat und der all-
mählich Deutschland einen wesentlichen Maschinenexport gesichert hat,
kann nur gefördert werden durch Fortsetzung der Bestrebungen auf
dem Gebiete fortgeschrittener und bestmöglicher Herstellung. Die
Erhöhung der Leistungen der Arbeiter durch Benutzung der geistigen
Intelligenz der Welt (nicht etwa, um mich sozialdemokratisch aus-
zuzeichnen, die Erhöhung der Frachtenleistung) kommt allen Beteiligten
zugute. Gibt es doch Fabriken, die Prämien für diejenigen Arbeiter
aussetzen, welche Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsweisen
machen (mit gutem Erfolg bei Ludwig Loewe & Co. eingeführt).

Der Beschluß des Verbandes deutscher Metall-
industrieller stellt ein Programm dar, mit dessen
Durchführung die Entwicklung des Maschinenbaues steht oder
fällt. Es ist kein Eingetrig unter unseren Fachgenossen, der nicht
von der Bedeutung dieser Frage durchdrungen ist. Wir werden
weiter den deutschen Maschinenbau entwickeln, nicht auf Grund von
Tarifverträgen, deren Durchführung wir denjenigen Berufen über-
lassen können, die ihrer ganzen Organisation nach eine höhere Be-
wältigung der Arbeiter auf dem Entwicklungsgebiete unserer Industrie
nicht erfordern. Für den deutschen Maschinenbau müssen wir volle
Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten fordern. Nur so können wir
unseren schwebenden Aufgaben gerecht werden.

Herr Direktor Blum drückt sich nicht immer in gleicher Weise
aus. Im vorliegenden Abfasse dieses Artikels spricht er sich gegen
jeden Tarifvertrag aus und im drücktesten Abfasse nur gegen
solche Tarifverträge, welche die Leistungen begrenzen und den Fort-
schritt hemmen. Was soll nun gelten? Soll das letzte
namentlich gelten, so ist zunächst zu sagen, daß Herr Direktor Blum so-
wohl offene Türen einrennt. Die Ansicht, daß man versuchen
müsse, mittels der Tarifverträge den technischen Fortschritt zurückzu-
halten (einerlei ob direkt oder indirekt), kann nur von sogenannten
Nutzgewerkschaftlern vertreten werden, das heißt von solchen Leuten,
die so vollständig in der Kleinarbeit der Gegenwart aufgehen, daß
sie den Blick auf den Sinn für die Zukunft gänzlich verlieren,
daß sie gerade so arbeiten, wie wenn sie meinten, daß die gegen-
wärtige kapitalistische Produktionsweise bis in alle Ewigkeit weiter-
bestehen würde. Wir wollen dahingestellt sein lassen, wie weit diese
Ansicht in früheren Jahren in deutschen Gewerkschaftskreisen vertreten
gewesen sein mag, glauben jedoch kaum, daß es zurzeit noch einen
deutschen Gewerkschaftsführer gibt, der behauptet einer solchen Ansicht
huldigt. Im Gegenteil sind alle uns bekannten Gewerkschaftsführer
auch Sozialdemokraten und wünschen als solche ebenfalls
die Erreichung des sozialdemokratischen Endziels. Eine Vorbedingung
dazu ist aber der weitere Fortschritt der Technik,
der — wie die Dinge einmal liegen — zum überwiegenden Teil noch
innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfolgen muß. Den
technischen Fortschritt zu hemmen und die Leistungsfähigkeit
der Arbeiter zu begrenzen, liegt darum gar nicht im Interesse der
Arbeiterbewegung.

Herr Direktor Blum wird aber doch wohl nicht bestreiten wollen,
daß — namentlich im vorigen Jahrhundert — der technische Fort-
schritt der Arbeiterklasse große Schwierigkeiten wirtschaftlicher und ge-
sundheitlicher Natur gebracht hat, während die Unternehmer unge-
heure Profite einheimen konnten. Für die Arbeiter trat
erst dann eine Wendung zum Besseren ein, als sie sich organi-
sieren, um diesen Schäden abzuwehren. Solche Bestrebungen
sind nicht nur damals berechtigt gewesen, sondern sie sind es auch
heute noch, und da Herr Direktor Blum nach seinen eigenen Worten
kein Schamhaas sein will, so wird er nicht mahnen können, diese
Bestrebungen als berechtigt anzuerkennen. Es geht eben nicht an,
daß der Unternehmer den ganzen wirtschaftlichen Gewinn einer tech-
nischen Verbesserung in seine Tasche steckt, so daß für den Arbeiter
nichts anderes übrig bleibt, als regulierte Arbeitspreise oder gar noch
mehr angeprengte Arbeitsleistung. Daß die Arbeiter in solchen
Fällen eine für sie günstigere Regelung der Sache erstreben, kann
ihnen nur ein Schamhaas verwehren. Und ein technischer Fort-
schritt, der Gesundheitsgefährdungen der Arbeiter zur Folge hat, hat
einfach keine Existenzberechtigung. Das wird Herr Direktor Blum
doch hoffentlich nicht bestreiten wollen.

Sowie zu der einen Auffassung des Herrn Direktors Blum,
kann zur andern, wonach Tarifverträge im Maschinenbau der An-
fang des Endes sein sollen. Er verweist darauf, daß ein
moderner Maschinenbaubetrieb viel zu kompliziert ist, als daß für
jede einzelne Arbeitsverrichtung ein Preis festgesetzt werden könnte
(wie es zum Beispiel im Handwerkerstand der Fall ist). Auch hier
rennt Herr Direktor Blum offene Türen ein, denn kein Arbeiter in

einem Maschinenbaubetriebe und kein Verbandsfunktionär, der schon
mit einer Lohnbewegung von Maschinenbauarbeitern zu tun gehabt
hat, ist der naiven Ansicht, daß es möglich sei, so etwas zu machen.
Wie werden nun aber wohl in dem Betrieb, den Herr Direktor
Blum leitet, die Arbeitspreise festgesetzt? Nach Willkür und Raune
oder nach bestimmten Regeln, die basieren auf der Leistungs-
fähigkeit der Maschinen und der Fertigkeit, der Eigenart des Ma-
terials und der beim Arbeiter vorauszusetzenden Tätigkeit? Nur
so oft wird ja leider im Korrespondenzteil der Metallarbeiter-Zeitung
festgestellt, daß bei mancher Firma das erstgenannte der Fall ist; Herr
Direktor Blum wird aber wohl kaum anerkennen wollen, daß dies auch in
seinem Betriebe geschieht, sondern wird wohl erklären, daß dort nach be-
stimmten Regeln gehandelt wird. Sollte es nun aber so ganz un-
möglich sein, daß die Arbeiter oder deren gewerkschaftliche Vertreter
bei der Festsetzung und der Weiterbildung
dieser Regeln mitwirken? Ueber dieses Thema ließe sich
ja noch viel sagen; zunächst möge aber diese kurze Andeutung ge-
nügen. Zugeben wollen wir bereitwillig, daß auch dies schon keine
leichte Arbeit ist und daß es bis zur Erreichung dieses Zieles wohl
noch manche Vorarbeit kosten wird.

Es erscheint uns darum als etwas voreilig, wenn Herr Direktor
Blum behauptet, schließlich jeder Tarifvertrag im Maschinenbau
sei der „Anfang des Endes“. Gerade die Erfahrungen der letzten
Jahre hätten ihn vorhaltiger machen sollen. Hat nicht der Gesamt-
verband der Metallindustriellen nach 1906 erklärt, daß an der zehn-
stündigen Arbeitszeit „grundsätzlich festzuhalten“ sei? Und wie steht
die Sache jetzt? Ist nicht ferner das bis in die neueste Zeit vom
Gesamtverband — in seinen Grundzügen — so nachdrücklich be-
stimmte Prinzip, sich nicht auf die Festlegung von Normal-
löhnen einzulassen zu wollen, in der Praxis schon mehrfach durch-
brochen worden, wobei man zum Teil dadurch den Schein einer
Prinzipienverletzung zu vermeiden suchte, daß man aufstufte Minimal-
lohn-Einstellungslohn sagte? Die Unternehmer in der Ma-
schinenindustrie sind, wie Herr Direktor Blum ja in sehr guter Weise
ausgeführt hat, es sich selber schuldig, daß sie sich jeden technischen
und betriebsorganisatorischen Fortschritt zuzumute machen. Wir glauben
daraus auch, daß sie so konsequent sein werden, sich in ihrem Ver-
hältnis zur Arbeiterklasse auf die Dauer nicht von der veralteten
Diktandenregel lösen zu lassen, daß die Arbeiterklasse auf die Rege-
lung der Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses ganz und gar keinen
wirklich nachdrücklichen Einfluß haben soll.

Die Schutztruppen des Zentrums.

Da die christlichen Gewerkschaftsagitatoren wehren belan-
nlich mit aller Entrüstung, deren ein schuldlos getränktes Herz fähig ist,
die Behauptung ab, daß ihre Organisationen gegründet worden seien,
um die katholischen Arbeiter von der Berührung mit sozialistischen
Massengenossen fernzuhalten, daß das Zentrum von sein Bundes-
genosse, die Kirche, die christlichen Gewerkschaften ge-
gründet hätten, um sich in ihnen Schutztruppen zur Be-
kämpfung der Sozialdemokratie heranzuziehen. Nach
der Darstellung der christlichen Agitatoren sind ihre Organisationen
auf die natürlichste und einfachste Art von der Welt entstanden, näm-
lich aus dem Bedürfnis der katholischen Arbeiter heraus, sich zur
Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Lohnbedingungen zu organi-
sieren; und da die bestehenden Gewerkschaften, die freien Verbände,
den Anforderungen einer rein wirtschaftlichen Organisation nicht ge-
nügten, hätten sie eben dazu übergehen müssen, besondere Organi-
sationen, eben die christlichen Gewerkschaften, die sich unberührt von
Partei- und Parteipolitik, auf rein wirtschaftlicher Grundlage aufbauen, zu
gründen. Das klingt ja sehr schön, aber es ist falsch. Nicht katholische
Arbeiter haben die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen,
sondern Zentrumskatholiken, Zentrumskatholiken und Zentrum-
agitatoren in weltlichem und geistlichem Gewande. Und diese haben
auch in der ersten Zeit ihres Bestehens gar kein Ziel daraus gemacht,
daß es sich dabei um die zum Besten des Zentrums
unternommene Bekämpfung der Sozialdemo-
kratie handelte.

Ein der Blätter, die sich am frühesten und am eifrigsten für
die Sonderorganisation der katholischen Arbeiter ins Zeug legten, die
Pölnische Volkszeitung, schrieb schon im Oktober 1891:

Es gilt den gewaltigen Einfluß, den die
Sozialdemokratie in richtiger Würdigung
der Gewerkschaftsbewegung auf dieselbe ge-
wonnen hat, zu brechen und eine auf christlich-monarchi-
scher (1) Grundlage beruhende Organisation der Gewerkschaften
anzubahnen. Freilich ein schweres Werk, aber des Schweißes der
Edlen wert. Die Gewerkschaften sind unter sozialdemokratischer
Führung die schwerste Gefahr. Unter christlicher, aber nicht eng-
lischer Führung können sie das feste Bollwerk der Ordnung und
des zeitgemäßen Fortschrittes werden.

Und wenige Monate später brachte das Blatt einen weiteren
Artikel, worin gesagt wurde, daß der Schwerpunkt der sozialdemo-
kratischen Agitation ganz unverkennbar in der Gewerkschaftsbewegung
liege, deren sich die Sozialdemokratie mit Geduld, Ausdauer

und Erfolg bemächtigt habe, ohne bis jetzt einem ebenbürtigen Wett-
bewerber der anderen Parteien zu begegnen:

Wenn von katholischer Seite der Sozialdemokratie häufig der
Vorwurf gemacht wird, sie mißbrauche die Gewerkschaften für ihre
Partei Zwecke, so verheißt mit diesen Vorwurf nicht recht. Es ist
ganz naturgemäß, daß der Einfluß der Gewerkschaften denjenigen
Partei zugute kommt, die sich am meisten um dieselben gekümmert
hat, und das ist zweifellos die Sozialdemokratie. Insbesondere
hat die sozialdemokratische Zentrumspartei
es auf diesem Gebiete bisher gesehen lassen.

In diesen und in weiteren Artikeln der Pölnischen Volks-
zeitung über die Gewerkschaftsfrage wurde nicht ein einzigesmal
die Frage erörtert, ob die bestehenden Verbände ihren gewerkschaft-
lichen Aufgaben genügen oder nicht; die Sache
wurde immer nur vom politischen Standpunkte aus betrachtet,
immer nur nach dem Nutzen abgewogen, den das Zentrum als
politische Partei von der so oder so gerichteten Gewerkschaftsbewegung
haben könnte. Und noch im Jahre 1899 gab der polnische Vetter
der Pölnischen Volkszeitung, Dr. Julius Bachem, in
der Generalversammlung des Augustinusbundes, einer Organisation
von Verlegern, Redakteuren und Schriftstellern der Zentrumspresse,
dieser Anschauung Ausdruck, indem er sagte:

Für die Zentrumspartei ist es meines Erachtens die
höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgen-
ossenschaftlichen Organisationen den Sozialdemo-
kraten gleichzutun. Die Bewegung ist unauffaltbar, sie wird
sich vollziehen mit uns oder ohne uns und gegen uns. Ueber die-
jenigen, die behaupten sie zu können glauben, geht die Entwick-
lung hinweg. Wir wollen uns nicht aufhalten dabei sein.
... Wenn nicht ein Mehreres geschieht, dann wird die poli-
tische Stellung der Zentrumspartei dadurch
namentlich in den großen Städten auf die Dauer
sehr erschwert werden. Das ist die Ueberzeugung der politischen
Führer in Köln und anderwärts.

Man ist mit der Zeit im Zentrumslager vorhaltiger geworden
mit derartigen Beschlüssen. Einmal deshalb, weil die christlichen
Gewerkschaften seit ihrem ersten Kongreß in Mainz 1899 ein Pro-
gramm befaßen, worin sie ihre „Neutralität“, ihre Unab-
hängigkeit von jeder politischen Partei betonten, weiter weil sie
„interkonfessionell“ sein wollten und sich deshalb nicht
als Schutztruppen der ultramontanen Politik bekennen durften; und
drittens weil ihre sozialistischen Gegner beständige Gesandnisse agita-
torisch ausnutzten und den Arbeitern, die dem „neutralen“ und „inter-
konfessionellen“ Geschwafel der Christlichen zu glauben bereit waren,
ein Licht aufstreckten. Ist man indessen auch nicht mehr so aufrechtig
wie in der Jugendzeit der christlichen Gewerkschaften, so ist doch
später auch noch in manchem unvorsichtigen Augenblick dort und da
aus christlichem Munde ein Wort entschlüpf, das nicht verdrückt
über das Wesen und den Zweck der christlichen Gewerkschaften. Nur
einige wenige aus dem reichen Vorrat unseres Materials seien hier
wiederbegeben.

Am 30. September 1904 schrieb die Pölnische Volks-
zeitung in einem Artikel über die Erfolge der Sozialdemokratie
im Ruhrrevier:

Wenn wir der sozialdemokratischen Flut einen
Damm entgegenstellen wollen, dann müssen wir vor allen Dingen
auch zur Erhaltung der christlichen Gewerkschaften beitragen.

Im Oktober 1905 las man im Volksfreund, dem Kochener
Zentrumsblatt:

Die christlichen Gewerkschaften bilden bisher
in Baden und Umgegend sozusagen den einzigen Damm gegen
die Sozialdemokratie.

Anfang April 1906 brachte die ultramontane Saarpfost einen
Artikel über den Fortschritt der christlichen Gewerkschaften im Saar-
gebiet, worin es hieß:

Wir erblicken in den christlichen Gewerkschaften
eine Vormauer, durch welche das Saarrevier davor bewahrt
bleibt, der Sozialdemokratie anheimzufallen.

Auf dem Sozialen Kursus in Ravensburg im Mai 1906 sagte
Dr. Rieger, der Generaldirektor des Volksvereins für das katho-
lische Deutschland:

Droht Gefahr, daß die an einem Orte eifrig agitierenden
Sozialdemokraten auch die katholischen Arbeiter unter
ihren Einfluß bringen, so ist in solchen Fällen der Weltliche als
Seelsorger verpflichtet, durch eigenes Eingreifen die katholischen
Arbeiter durch Zusammenfluß in einer christlichen Gewerkschaft
vor der sozialdemokratischen Gefahr zu retten.

Im Juni 1906 druckte die Essener Volkszeitung
einen Artikel aus der parlamentarischen Zentrumskorrespondenz ab,
der sich mit der Rede Delbrücks gegen die christlichen Gewerkschaften
beschäftigte, an dessen Schluß es hieß:

Solange die Arbeitgeber nicht erkennen, daß ihre Interessen
sich in weiterer Umsang mit denen der christlichen Arbeiterorgani-
sation decken, ist schwerlich daran zu denken, daß die Sozial-
demokratie mit Hilfe dieser Organisationen
besiegt werde.

Gewerkschaftliche Sonderfahrten.

Von Dresden nach Hamburg und Helgoland.
(Schluß.)

E. N. Am folgenden Sonntag waren drei Stunden für die
Besichtigung von Hagenbeds Zierpark vorgesehen. Jeder
konnte sich nach Belieben dort aufhalten. Ein Geheiß führte ihn
den ganzen Tag freien Eintritt. Die meisten hatten sich jedoch schon
in der Frühe des prächtigen Sonntagmorgens angemeldet. Viel
Interessantes und Neues war auch hier zu sehen. Die hochgekauften
modernsten künstlichen Felsenanlagen für Kaskaden und Seen,
die den Eindruck erwecken, als bewegten sich die Tiere in völliger
Freiheit, die grandiosen Plätze für Festspiele, die mit Wasserfällen
für allehand Wasserwerke verzierten Gebirgsgruppen für Eis-
bären und Reuztiere — das alles und vieles andere in Hagenbeds
Zierpark fesselt die Besucher. Reizend ist auch das Panorama, das
sich namentlich der Seegegend des Berges anblickt. Im Vorder-
grunde die Hagenbeds, dann verschiedene Arten in großer Zahl ver-
trete, darunter, etwas höher gelegen, Dämme, verschiedene Kinder-
erden, Hügel und kleinere Tiere, und darüber erheben sich die Felsen
und Steine für Löwen, Tiger, Geier und andere Vögel. Es
reicht aus, als ob alle diese Tiere in voller Freiheit sich im Garten
bewegten, weil die Gitter durch Strandsack verdeckt sind die tiefen
Waldungen, die die Löwen in Schach halten, nicht sichtbar sind.
Nicht minder reizend die Kaskaden der Felsen und Steine mit
ihren Gärten und Fontänen dazu, den Landschaft lehrreich und
interessant zu gestalten. — Ein grandioses Mittagsessen für
alle Teilnehmer bei ausgedehnter Tafel war für eine Stunde wieder
vorgesehen. Im Nachmittage wurde jeder nach Belieben Hamburger
Eisenbahnfahrten aufsuchen, wobei im Programm jedoch be-
sondere Ausflüge und Stundentage gegeben waren.

Unter dem am Sonntag der bekannte Zentraltrieb-
hose Hilsdorf bei Hamburg, den wir von Hamburg aus
direkt mit der Eisenbahn erreichen. Es ist hier unmöglich, die

großartige Anlage eingehender zu schildern. Ein alter, wohlge-
pflegter Kaimark nimmt uns auf, von dessen Größe man sich vor-
erst keine Vorstellung machen kann. Herrliche Baumgruppen, Laub-
und Nadelholz, höchstes, üppiges Staudengebüsch, das zwischen
schattigen Gänge, wie geschaffen dazu, in Begleitung der Löwen zu ge-
hen. Doch bald ändert sich das Bild: Farbenschöne Blumen-
anlagen bilden den Mittelpunkt fremdlicher Plätze, aufeinander
Epigeeartige hochgehende grüne Kaskaden. Ein ausgedehnter
Rosenpark muß in der Blütezeit einen prächtigen Anblick gewähren.
Daher haben wir auf einen dunklen Weiser, der schmerzlich mit
Laub- und Nadelbäumen und Strandsack umrahmt ist. Innerhalb
der Baumgruppen aber von niedrigeren Pflanzen umgeben finden
wir die Geier. Sie abgeschlossen von der Welt ist man oft im
Dunkel oder Fahren und Eichen mit den Löwen in den Gräbern
allein. Die heulende Schreierlichkeit weicht, wenn wir den neueren
Teil des Friedhofes anschauen. Hier sind die Kupplungen zum
Teil noch jung und niedrig; da können die oft künstlich ange-
legten Gräber mehr zur Geltung, die sonst mit den Gräbern, von
Stämmen umschlossen, weniger in die Augen fallen. — Stundenlang
kann man in diesem Park dahingehen und ganz vergessen, daß man
auf einem Friedhofe ist; denn die Gräber verhalten sich hinter
Gebüsch. Nur zeitweilig erheben einzelne Grabsteine, daß dem
Streben und Schaffen jedes Menschen ein Ziel gesetzt ist. Viele
aber, die den Hagenbeds Friedhof kennen gelernt haben, werden sich
dann hier ein Rätsel aufstellen können.

Von Hagenbeds sind viele Teilnehmer an der Sonderfahrt nach
Hamburg gekommen, um von da aus mit einem der kleinen
Schraubendampfer auf der Elbe nach Hamburg zurückzufahren.
Man fährt zunächst auf dem langsam abwärts fließenden
Küsterndamm und schönen Gartenanlagen darüber. Es ist ganz
reizend. Bald aber erweitert sich die Elbe, sie wird zum See —
zu einem See mitten in der Weltstadt Hamburg. Er verleiht
dem Stadt einen eigenen Reiz und trägt wesentlich dazu bei, daß Ham-
burg als schöne Stadt bekannt ist. Hier, an der feierlichen Er-

weiterung der Elbe, liegt der Jungfernstieg mit seinen eleganten
Cafés und Vergnügungskafés. Um die ganze Binnenelbe herum
puffert weltstädtisches Getriebe, während die Wasserfläche durch
Nubelboote und zahlreiche Dampfboote belebt wird. Im weiten
Kreise herum hat die Hamburger Bourgeoisie ihre Villen errichtet
und damit die schönsten Plätze eingenommen.

Der Montag war nach dem Programm für die Helgoland-
fahrt bestimmt, wozu der kleine Dampfer Silbana gleich
gegen 7 Uhr bereit lag. Bald war unser Schifflein bis auf den
letzten Platz besetzt, etwas überfüllt, wie es schien. Doch wurde das
bei dem gestellten Verkehr der helgolandfahrenden Kollegen unter-
einander nicht besonders spürbar. Nach Schwimmen wir mit der
eingetretenen Ebbe dahin. Zunächst boten die Ufer mit ihren Bau-
werken und schmanden Ortschaften fesseln Bilder, die rasch wechselten.
Die Ufer von Hamburg gaben zu rufen auf. Da lag reizend auf
einer Anhöhe Blankenese. Andere Dörfer erregten die Auf-
merksamkeit. Dann wurden die Ufer flach. Nur ab und zu lugten
die Dächer eines Dorfes aus dem Grün hervor. Auf der Karte
wurde die Fahrt verfolgt und so auch halb die Namen
der Dörfer und Städtchen festgestellt. Ab und zu ragte ein
Leuchtturm auf. So ging es der Nordsee auf der Elbe näher, die
breiter und breiter wurde. Mehrere Stunden waren wir schon ge-
fahren; der Eingang des Nordostkanals war passiert, da tauchte
in der Ferne der Leuchtturm von Lütjenburg auf. Jetzt schwand das
rechte Ufer der Elbe ganz und bald leuchtete aus der Ferne die
Nordsee im blau-grauen Schein zu uns herüber. Der Dampfer
schwang in rascher Fahrt dahin. Bald lag Lütjenburg unter uns.
Lange blieb zur Linken noch die durch die Ebbe freigelegte Düne
sichtbar.

Nun aber fuhren wir unauffaltbar in die blaue salzige Flut
hinein. Wir waren in der Nordsee. Endlos lag die Wasserfläche
vor uns und schen sich nach dem Horizont zu erheben. Welche Spitzen
gelagten sich bei dem lebhaften Wellenspiel auf dem Wasser. Noch

Anfertigung (716 oder 62 Prozent), der Zinnblechherzeugung (6600 oder 60,4 Prozent), der Nadel- und Fischereiherzeugung (996 oder 60,4 Prozent), der Fahrradherzeugung (3770 oder 52,8 Prozent) und der Schneidwerkzeuge, Spaten- und Feilenerzeugung (1745 oder 51,7 Prozent). Am wenigsten üblich ist Stützlohn in der Fuß- und Großschmiederei, wo von allen 1891 in die Statistik einbezogenen Arbeitern nur 32 (1,7 Prozent) im Stützlohn standen; an zweiter Stelle folgt dann die Knochenerzeugung mit 1494 Stützlohnarbeitern (10,2 Prozent) und an dritter Stelle die Erzeugung wissenschaftlicher Instrumente mit 279 Stützlohnarbeitern (15,9 Prozent). Im allgemeinen befinden sich unter den erwachsenen Arbeiterinnen relativ die meisten nach Stützlohnsystemen entlohnten Personen, und zwar 10 798 oder 51,6 Prozent. Bei den erwachsenen Männern ist das Verhältnis ungefähr dasselbe wie beim Gesamtpersonal (Zeit- oder Stützlohnarbeiter 886 880 oder 67 Prozent, Stützlohnarbeiter 190 981 oder 33 Prozent). Am seltensten ist die Stützlohnarbeit bei den männlichen Jugendlichen (37 371 oder 27,3 Prozent) und den Mädchen unter 18 Jahren (2773 oder 30,4 Prozent). Berechnet man, welchen Prozentsatz die einzelnen Arbeiterkategorien von der Gesamtzahl der Zeit- und Stützlohnarbeiter bilden, so ergibt sich nachstehender Vergleich:

	Zeitlohnarbeiter	Stützlohnarbeiter
Erwachsene Männer	77,9 Prozent	78,9 Prozent
Knaben und Jugendliche	19,7	15,5
Erwachsene Frauen	2,0	4,5
Mädchen	1,8	1,1

Die Männer sind also unter den Zeit- wie den Stützlohnarbeitern im Verhältnis fast gleich stark vertreten, die Frauen aber unter den Zeitarbeitern nicht ganz halb so stark wie unter den Stützlohnarbeitern.

In der letzten Septemberwoche war von den erwachsenen Männern kaum die Hälfte (271 211) die normale Zahl von Arbeitsstunden beschäftigt, die übrigen arbeiteten Ueberzeit oder verkürzte Zeit. Doch scheinen die Abweichungen von der Normalarbeitszeit nicht sehr bedeutend gewesen zu sein, denn die Lohnklassen von 20 Schilling aufwärts sind bei allen und bei den normal beschäftigten Arbeitern relativ ungefähr gleich stark besetzt. Es verbleiben:

Beträge von	alle erwachsenen Männer		normal beschäft. Männer	
	überhaupt	Proz.	überhaupt	Proz.
weniger als 20 Schill.	75272	13,1	20549	7,6
20 bis nicht ganz 25	101217	17,5	48394	17,9
25 " " 30	91725	15,9	42109	15,5
30 " " 35	91904	15,9	46086	17,0
35 " " 40	99257	16,1	51982	19,2
40 " " 45	51418	8,9	25527	9,4
45 " " 50	28721	4,6	12135	4,5
50 " " 55	17541	3,0	8771	3,2
55 " " 60	9171	1,6	4414	1,6
60 " " 65	6457	1,1	3597	1,3
65 Schilling und mehr	13180	2,3	7586	2,8
Zusammen	574861	100,0	271211	100,0

Ueberzeit war zweifellos selten, sonst müßte von allen Arbeitern ein größerer Prozentsatz in den höheren Lohnklassen stehen als von den normal beschäftigten. Beträge von 20 bis nicht ganz 40 Schilling verdienen 85,4 Prozent aller und 69,6 Prozent der normal beschäftigten Männer.

Von den 136 653 Knaben und Jugendlichen waren 83 977 die normale Stundenzahl beschäftigt, von den 20 922 Frauen 14 511 und von den 9121 Mädchen 6536. Verkürzte Zeit wie Ueberzeit kam demnach bei diesen Arbeiterkategorien seltener vor und der Unterschied in der relativen Besetzung der einzelnen Lohnklassen ist bei ihnen geringer als bei den Männern. Doch soll von einer Darstellung ihrer Verteilung auf Lohnklassen abgesehen werden, da Angaben ohne Unterbindung von Industriezweigen nur geringen Wert haben.

Um die normale Lohnhöhe zu veranschaulichen, wird in der nächsten Tabelle gezeigt, wie sich die normal beschäftigten Männer in jedem Industriezweig auf bestimmte, von 10 zu 10 Schilling abgestufte Wochenlohnklassen verteilen.

Industriezweig	Prozentsatz der Arbeiter mit einem Wochenlohn von				
	weniger als 20 Schill.	20 bis nicht ganz 30 Schill.	30 bis nicht ganz 40 Schill.	40 bis nicht ganz 50 Schill.	50 Schill. oder mehr
Roh Eisenindustrie	6,9	32,9	32,3	17,5	10,4
Eisen- und Stahlwerke	6,2	34,0	29,0	12,3	18,5
Zinnblechwerke	4,8	29,8	18,7	24,9	30,8
Maschinenbau z.	9,1	32,9	33,4	13,8	5,8
Schiff- und Bootbau	5,1	27,4	43,9	12,3	11,3
Eisenbahnwagenbau	9,2	42,8	32,9	11,8	3,8
Leichte Güterwaren	7,9	42,6	30,6	12,8	6,1
Elektrische Apparate	3,1	35,2	33,9	19,5	8,3
Druckerei und Verarbeit.	7,1	30,6	26,9	19,2	16,2
Werkzeugindustrie	4,1	41,1	38,1	10,8	5,9
Gold- und Silberwaren z.	3,2	26,6	35,9	18,8	15,5
Schmiedewerkzeuge z.	3,1	20,4	37,7	21,1	17,7
Schmieden u. Walzen von Metall (ausgenommen Eisen)	7,5	40,3	34,5	12,4	5,3
Zugmaschinen	7,3	43,3	29,4	15,1	4,9
Röhren	4,2	35,9	32,3	15,5	11,1
Nägeln	18,2	49,1	19,9	8,0	4,8
Nägeln, Schrauben z.	9,8	41,7	30,4	11,7	6,4
Werkzeuge	2,2	27,0	40,7	18,4	11,7
Fuß- und Großschmiederei	6,1	52,4	36,6	4,1	0,8
Wissenschaftliche Instrumente	1,2	17,0	47,5	24,0	10,3
Nadeln, Fischereiherzeugung	5,2	33,9	37,3	14,1	4,5
Reifen, Kautschuk z.	7,4	42,0	21,3	12,8	16,5
Schiffbau und Schiffbau	6,9	55,6	31,1	5,0	1,4
Maschinenbau	3,8	31,5	43,8	15,3	5,6
Schiffbauherzeugung	4,8	33,1	42,0	12,5	7,9
Andere Metallwaren	7,5	35,3	35,9	15,1	6,2
Alle Metallgewerbe	7,5	33,4	36,2	13,9	8,9

Nur in den Zinnblechwerken verdient nahezu ein Drittel der Arbeiter 50 Schilling oder mehr; in den Stahlwerken, der Erzeugung von Zinnblechwaren, Reifen und Kautschuk, der Druckerei und Verarbeit. Industrie, sowie in der Gold- und Silberwarenherzeugung hatte ein Drittel bis nicht ganz ein Fünftel der normal beschäftigten Männer Löhne in dieser Höhe. Sehr niedrige Löhne sind in der Knochenerzeugung am häufigsten, wo fast ein Fünftel der Männer weniger als 20 Schilling verdienen. In der Reifen- und Kautschukherzeugung würde kaum ein besserer Verhältnis zum Ausdruck gelangen sein, wenn die kleinen Unternehmungen an der Lohnstatistik teilgenommen hätten; die Angaben über diese Gewerbe sind jedoch hauptsächlich von einzelnen großen Familien. Neben ein Fünftel der Arbeiter verdient weniger als 20 Schilling in den Maschinenbau-, Eisenbahnwagenbau- und in der Erzeugung von Nägeln, Schrauben, Reifen und Werkzeugen. Weniger als 20 bis nicht ganz 30 Schilling sind bei den meisten anderen Lohnklassen (den relativ die meisten Arbeiter verdienen) in fast allen von den in der Tabelle angeführten Zweigen der Metall- und verwandten Industrie. Selbst mit solchen Beträgen können in den englischen und schottischen Grafschaften Familien nur sehr schwer unterhalten, denn trotz des Preisrückgangs sind auch in Großbritannien

die Kosten der Lebenshaltung im letzten Jahrzehnt stark gestiegen, während die Jahre 1901 bis 1905, 1908 und 1909 Perioden sinkender Löhne waren; Lohnsteigerungen herrschten nur 1906, 1907 und 1910 vor. Dabei ist zu beachten, daß sich die hier mitgeteilten Zahlen auf normal beschäftigte Männer beziehen. Von allen erwachsenen Männern verdienen weniger als 20 Schilling in der Woche: In der Knochenerzeugung 11,1 Prozent, in Eisen- und Stahlwerken 13,9 Prozent, in Zinnblechwerken 7,8 Prozent, im Maschinenbau und der Kesselschmiederei 12,0 Prozent, im Schiff- und Bootbau 17,3 Prozent, im Eisenbahnwagenbau 13,3 Prozent, in der Erzeugung leichter Güterwaren 16,2 Prozent z.

Der durchschnittliche Lohn der normal beschäftigten Männer überstieg nur in einem Industriezweig 40 Schilling, und zwar in den Zinnblechwerken, wo er 42 Schilling betrug; weniger als 30 Schilling machte der durchschnittliche Lohn aus in der Knochenerzeugung, der Fuß- und Großschmiederei, sowie in der Schiff- und Bootbauherzeugung; auch in den Industriezweigen, wo der vorherrschende Lohn unter 30 Schilling zurückbleibt, beträgt der Durchschnittslohn — mit den schon erwähnten Ausnahmen — über 30 Schilling. Nur in zwei Industriezweigen (Fahrradherzeugung und Fuß- und Großschmiederei) war der Durchschnittslohn der normal beschäftigten Arbeiter niedriger als der Durchschnittslohn aller Arbeiter, was auf Ueberzeitarbeit zurückzuführen ist; die Unterschiede in den Durchschnittslöhnen beider Gruppen sind teilweise ziemlich groß, was die folgenden Beispiele zeigen:

Industriezweig	Wöchentl. Durchschnittslohn	
	aller erwachsenen Männer	der normal beschäftigten Männer
Roh Eisenindustrie	33 1/2	34 1/2
Eisen- und Stahlwerke	36	39 1/2
Zinnblechwerke	35 1/2	42
Maschinenbau und Kesselschmiede	28 1/2	32 1/2
Schiff- und Bootbau	30 1/2	36
Eisenbahnwagenbau	27 1/2	30 1/2
Leichte Güterwaren	25 1/2	31 1/2
Elektrische Apparate	27 1/2	34 1/2

* Der Übersichtlichkeit wegen sind je 2 Pence (oder ein verbleibender Rest) als 1/2 Schilling gerechnet; 1 Schilling = 1,00 £.

Die Differenz beträgt also manchmal 6 oder 7 Schilling; in den übrigen Industriezweigen ist sie in keinem Fall so bedeutend, sondern sie beläuft sich gewöhnlich auf 1 bis 2 Schilling.

Die Löhne der Knaben und Jugendlichen bewegen sich in der Regel zwischen 5 und 15 Schilling in der Woche. Ueber 15 Schilling verdient gewöhnlich etwa ein Fünftel der Gesamtzahl, in den Eisen- und Stahlwerken jedoch mehr als ein Drittel, dagegen im Maschinenbau und in einigen minder wichtigen Branchen nur ein Fünftel oder ein noch kleinerer Teil. In den Industriezweigen mit mehr als je 2000 Jugendlichen verteilen sich die normal beschäftigten Personen dieser Kategorie auf bestimmte Lohnklassen wie folgt:

Industriezweig	Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter mit einem Wochenlohn von				
	weniger als 5 Schilling	5 bis nicht ganz 10 Schilling	10 bis nicht ganz 15 Schilling	15 bis nicht ganz 20 Schilling	20 Schilling oder mehr
Eisen- u. Stahlwerke	0,6	23,5	39,4	31,2	5,3
Zinnblechwerke	—	33,9	45,8	13,5	7,4
Maschinenbau z.	3,8	52,8	25,0	7,9	5,5
Schiff- und Bootbau	3,0	42,0	32,6	11,5	10,9
Eisenbahnwagenbau	1,0	45,5	31,7	16,3	5,5
Leichte Güterwaren	2,1	47,9	30,3	14,3	6,4
Elektrische Apparate	6,5	44,2	29,3	14,8	5,2

Die Zahl der in die Statistik aufgenommenen erwachsenen Arbeiterinnen ist in der Mehrheit der Industriezweige gering; nur in 6 davon überschritt sie 1000 und in diesen verteilten sich die normal beschäftigten Arbeiterinnen auf Lohnklassen wie nachstehend angegeben:

Industriezweig	Prozentsatz der Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von				
	weniger als 10 Schill.	10 bis nicht ganz 15 Schill.	15 bis nicht ganz 20 Schill.	20 bis nicht ganz 25 Schill.	25 Schill. oder mehr
Zinnblechwerke	9,8	40,8	38,0	8,8	3,1
Maschinenbau z.	17,1	53,8	23,5	4,1	1,5
Elektrische Apparate	11,4	48,2	35,1	3,9	1,4
Werkzeugindustrie	21,4	61,7	14,9	1,7	0,3
Gold- und Silberwaren	20,3	51,7	18,9	6,8	2,3
Nägeln, Schrauben z.	35,5	55,0	8,4	0,6	0,3

In den meisten Branchen der Kleinmetallwarenindustrie ist die Entlohnung der erwachsenen Arbeiterinnen als sehr schlecht zu bezeichnen, da nur eine kleine Anzahl Wochenlöhne von 15 Schilling oder mehr bekommt, während viele mit weniger als 10 Schilling entlohnt sind.

Die sozialen und beruflichen Unterschiede der Lohnhöhe sind in den einzelnen Industriezweigen mehr oder minder groß; am beträchtlichsten sind sie in den über das ganze Königreich verstreuten Gewerken. Im Rahmen dieses Aufsatzes ist es unmöglich, sie im einzelnen darzustellen und wir wollen uns deshalb darauf beschränken, die regionalen und beruflichen Unterschiede der Löhne im Maschinenbau zu betrachten — dem weitläufigsten und am weitesten entwickeltesten Industriezweig.

Von 5291 Arbeiter in der letzten Septemberwoche im Zeitlohn beschäftigt waren, verdienen 5,5 Prozent weniger als 25 Schilling, 5,8 Prozent 25 bis nicht ganz 30 Schilling, 14,8 Prozent 30 bis nicht ganz 35 Schilling, 41,3 Prozent 35 bis nicht ganz 40 Schilling, 20,7 Prozent 40 bis nicht ganz 45 Schilling und 11,9 Prozent 45 Schilling oder mehr. Relativ am häufigsten sind also in diesem Berufslohn von 35 bis nicht ganz 40 Schilling, die über zwei Fünftel aller Arbeiter erhielten; von den normal beschäftigten Männern würden sogar 51,8 Prozent Löhne in solcher Höhe. Dem entspricht genau der Durchschnittslohn aller Arbeiter, der 37 1/2 Schilling betrug, in Sheffield jedoch 42 1/2 Schilling, in London 42 Schilling, in Manchester 40 1/2 Schilling, dagegen in Yorkshire mit Ausnahme der Städte Sheffield und Leeds, in Nord- und West-Mittelengland (den Midlands), sowie in Schottland mit Ausnahme des Clydebeckens 35 1/2 Schilling, und in den Gebieten ohne große Industriezentren (Ost-England, Wales, Irland z.), die in dem amtlichen Bericht als „Rest des Vereinigten Königreichs“ bezeichnet werden, 34 Schilling. (Die Beträge sind auf volle Viertelschilling aufgerundet.)

Von den Eisen- und Stahlformern steht ein großer Teil im Stützlohn, weshalb die Löhne für Zeitarbeiter (14 106) und Stützlohnarbeiter (455) getrennt angegeben werden; es verdienen in der letzten Septemberwoche:

	Zeitarbeiter	Stützlohnarbeiter
weniger als 25 Schilling	8,1	15,9 Prozent
25 bis nicht ganz 30 Schilling	17,7	17,7
30 " " 35	15,6	14,4
35 " " 40	26,6	15,6
40 " " 45	25,4	15,1
45 Schilling oder mehr	6,1	27,3

Bei den Zeitarbeitern war ebenfalls ein Lohn von 35 bis 40 Schilling am häufigsten, bei den Stützlohnarbeitern aber waren die einzelnen Lohnklassen gleichmäßig besetzt und relativ am häufigsten waren Löhne von 45 Schilling auswärts. Bei den erstgenannten ergab sich ein Durchschnittslohn von 36 1/2 Schilling und bei den letzteren von 37 1/2 Schilling. Auch in vielen anderen Berufen, aber keineswegs in allen, sind die Löhne der Stützlohnarbeiter im allgemeinen höher als die der Zeitarbeiter, doch steht manchmal von den Stützlohnarbeitern ein größerer Prozentsatz in den niedrigeren Lohnklassen; das zeigt das Beispiel der Formere. Der durchschnittliche Zeitlohn der Formere war am höchsten in Sheffield (42 1/2 Schilling), den großen Städten in Lancashire mit Ausnahme von Manchester und des Mersey-Bezirks (38 1/2 Schilling), Manchester (38 1/2 Schilling), London (38 1/2 Schilling) und am Clyde (38 Schilling), am niedrigsten in Nord- und West-Mittelengland, den südlichen und südwestlichen Grafschaften und im „Rest des Vereinigten Königreichs“ (32 1/2 Schilling). Bei den Stützlohnarbeitern ergaben sich die höchsten Durchschnittslöhne am Tyne, Wear und Tees (49 1/2 Schilling) und am Clyde (44 1/2 Schilling).

Von 4394 im Zeitlohn arbeitenden Schmiedern verdienten 10,5 Prozent weniger als 25 Schilling, 15,7 Prozent 25 bis 30 Schilling, 26,8 Prozent 30 bis 35 Schilling, 32,2 Prozent 35 bis 40 Schilling und 15,2 Prozent 40 Schilling oder mehr. Ihr Durchschnittslohn war 38 1/2 Schilling überhaupt, in London 38 1/2 Schilling, in Mersey- und Barrow-Bezirk 37 1/2 Schilling, in Sheffield 37 1/2 Schilling, hingegen in Schottland mit Ausnahme des Clyde 31 Schilling, in Nord- und West-Mittelengland und im „Rest des Vereinigten Königreichs“ 31 1/2 Schilling z. Von 2411 im Stützlohn arbeitenden Schmiedern verdienten 13,6 Prozent weniger als 30 Schilling, aber 59,1 Prozent 40 Schilling oder mehr.

Von den Dreherinnen (ausgenommen Messingdreher) arbeiteten 11 981 im Zeit- und 5641 im Stützlohn und es verdienten

	in Zeitlohn	in Stützlohn
25 bis nicht ganz 30 Schilling	8,1 Prozent	7,4 Prozent
30 bis nicht ganz 35 Schilling	11,1	9,9
35 " " 40	26,8	14,9
40 " " 45	33,3	20,0
45 " " 50	12,6	18,4
50 Schilling oder mehr	8,3	30,4

Im ganzen Königreich stellte sich der Durchschnittslohn auf 35 1/2 Schilling, in London auf 41 Schilling, in Sheffield auf 38 1/2 Schilling, im Tyne, Wear- und Tees-Bezirk auf 37 1/2 Schilling, in Yorkshire mit Ausnahme von Sheffield und Leeds auf 31 1/2 Schilling, in Schottland mit Ausnahme des Clyde auf 32 1/2 Schilling, in Leeds auf 31 1/2 Schilling, sonst überall auf 33 bis nicht ganz 37 Schilling. Bei den Stützlohnarbeitern war ebenfalls der Durchschnittslohn in London am höchsten (47 1/2 Schilling), dann folgten Manchester (43 1/2 Schilling), der Clydebezirk, die südlichen und südwestlichen Grafschaften (42 1/2 Schilling), Lancashire mit Ausnahme von Manchester, anderen großen Städten und dem Merseybezirk (42 1/2 Schilling) z.

Die Berufsgruppe Maschinenschlosser, Monteur z. weiß die größte Personenzahl auf, nämlich 33 330 Zeit- und 10 386 Stützlohnarbeiter, und es verdienen

	in Zeitlohn	in Stützlohn
weniger als 25 Schilling	9,5 Prozent	6,9 Prozent
25 bis nicht ganz 30 Schilling	10,5	8,7
30 " " 35	25,4	14,8
35 " " 40	32,4	22,6
40 " " 45	11,4	21,0
45 Schilling oder mehr	10,8	26,8

Auch bei dieser Berufsgruppe ist der durchschnittliche Zeitlohn (gleichwie der Stützlohn) in London am höchsten, wo er 40 1/2 Schilling betrug, gegen 34 1/2 Schilling im ganzen Reich; dann folgten die südlichen und südwestlichen Grafschaften, Manchester und die anderen großen Städte in Lancashire (mit Ausnahme des Mersey-Bezirks) mit 37 1/2 oder 37 1/2 Schilling, der Tyne, Wear- und Teesbezirk mit 36 1/2 Schilling, der Mersey- und Barrow-Bezirk mit 36 Schilling, während sich im Clyde-Bezirk mit 29 1/2 Schilling der niedrigste Durchschnittslohn der Zeitarbeiter ergibt, was darauf zurückzuführen ist, daß dort in der Berichtswochen viel verkürzte Zeit gearbeitet wurde, denn die im Zeitlohn normal beschäftigten Maschinenschlosser z. verdienen am Clyde durchschnittlich 35 1/2 Schilling, gegen 34 1/2 Schilling im ganzen Reich. Niedrig ist der Durchschnittslohn dieser Kategorie im übrigen Schottland (der Clyde-Bezirk liegt auch in Schottland), wo er bei allen Arbeitern 31 1/2 Schilling, bei den normal beschäftigten Arbeitern 31 1/2 Schilling ausmachte, sowie in Yorkshire mit Ausnahme von Sheffield und Leeds (alle Arbeiter 32 Schilling, normal beschäftigte Arbeiter 31 1/2 Schilling). In denselben Bezirken ist der Lohn aller im Stützlohn stehenden Maschinenschlosser z. ebenfalls am niedrigsten (Schottland ohne Clyde-Bezirk 30 1/2 Schilling, Yorkshire 34 1/2 Schilling). In London verdienen die Stützlohnarbeiter durchschnittlich 45 Schilling, am Tyne, Wear und Tees 43 1/2 Schilling, in Sheffield 43 1/2 Schilling, in den südlichen und südwestlichen Grafschaften 42 1/2 Schilling z., ihr Durchschnittsverdienst im Reich ist um 5 Schilling höher als bei den Zeitarbeitern.

Die letzte große Berufsgruppe sind die „Maschinuarbeiter“ (Schloßer, Bohrer z.); von 15 466 Zeit- und 11 217 Stützlohnarbeitern verdienen

	in Zeitlohn	in Stützlohn
weniger als 20 Schilling	12,0 Prozent	7,3 Prozent
20 bis nicht ganz 25 Schilling	24,6	15,1
25 " " 30	26,0	28,5
30 " " 35	18,8	20,7
35 " " 40	11,3	15,1
40 Schilling oder mehr	7,3	18,3

Bei den Zeit- wie bei den Stützlohnarbeitern sind Löhne von 25 bis 30 Schilling verhältnismäßig am häufigsten, aber der Durchschnittslohn der letzteren stellt sich auf 32 Schilling, der der Zeitarbeiter hingegen nur auf 28 1/2 Schilling. In London verdienen die Zeitarbeiter durchschnittlich 33 Schilling, im Mersey- und Barrow-Bezirk 30 1/2 Schilling, in Sheffield 30 1/2 Schilling, am Clyde 30 Schilling, in großen Städten in Lancashire und im „Rest des Vereinigten Königreichs“ 25 1/2 Schilling, überall sonst über 25 bis nicht ganz 30 Schilling. Die Stützlohnarbeiter weisen am Clyde den höchsten und in Leeds den niedrigsten Durchschnittslohn auf (35 1/2 und 27 1/2 Schilling).

Abgesehen von den Vorarbeitern (6297), Maschinisten und Setzern, sowie den allgemeinen Hilfsarbeitern, ist jeder andere Beruf mit weniger als 5000 Arbeitern vertreten. Die vorstehenden Angaben zeigen schon zur Genüge, in welchen Bezirken die Löhne relativ hoch und in welchen sie niedrig sind.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden in einer normalen Woche betrug in der Metall- und verwandten Industrie überdurchschnittlich 53 1/2. Am längsten war die durchschnittliche Dauer der Arbeitswoche in der Betriebsart „Schmelzen und Walzen von Metall (ausgenommen Eisen)“, in der sie 57 1/2 Stunden währte sowie in der Roh Eisenindustrie, wo sie 55 1/2 Stunden betrug. In der Reifen- und Kautschukherzeugung herrschte eine durchschnittliche 46 1/2 stündige und in den Zinnblechwerken eine 47 1/2 stündige Arbeitswoche, in den übrigen Betriebsarten schwankte sie zwischen 50 und 55 Stunden. Von den 740 509 Arbeitern, über deren Arbeitsdauer Auskunft gegeben wurde, arbeiteten 11 892 oder 1,6 Prozent weniger als

48 Stunden in der Woche, 50 397 oder 6,8 Prozent 48 bis nicht ganz 50 Stunden, 27 258 oder 3,7 Prozent 50 bis nicht ganz 52 Stunden, 29 314 oder 39,1 Prozent 52 bis nicht ganz 54 Stunden, 313 674 oder 42,3 Prozent 54 bis nicht ganz 56 Stunden, 29 428 oder 4,1 Prozent 56 bis nicht ganz 58 Stunden, 9121 oder 1,2 Prozent 58 bis nicht ganz 60 Stunden und 9424 oder 1,2 Prozent 60 Stunden oder länger. Ueber vier Fünftel der britischen Metallarbeiter haben also die 52- bis nicht ganz 56stündige Arbeitszeit und nur einer unter 15 hat länger zu arbeiten.

Seht man die Betriebsarten mit der größten Arbeiterzahl hervor, so ergibt sich die folgende Uebersicht der absoluten Häufigkeit bestimmter Arbeitszeiten.

Table with 6 columns: Industriezweig, weniger als 50 Stunden, 50 bis 52 Stunden, 52 bis 54 Stunden, 54 bis 56 Stunden, 56 oder mehr Stunden. Rows include Eisenindustrie, Eisen- und Stahlwerke, Maschinenbau, Schiff- und Bootbau, Eisenbahnwagenbau, Leichte Gewerbe, Elektrische Apparate.

Die 56- oder mehrstündige Arbeitswoche ist nur noch in den Eisen- und Stahlwerken häufig; von den 18 047 Arbeitern dieser Betriebsart, die mindestens 56 Stunden arbeiteten, hatten 12 895 die 56- bis nicht ganz 58stündige, 2051 die 58- bis nicht ganz 60stündige und 3101 die 60- oder mehrstündige Arbeitswoche. Im Maschinenbau und der Metallschmiederei arbeiteten zusammen 875 813 Personen nur 0,1 Prozent weniger als 48 Stunden in der Woche, 6,1 Prozent 48 bis nicht ganz 50 Stunden, 1,4 Prozent 50 bis nicht ganz 52 Stunden, 51,3 Prozent 52 bis nicht ganz 54 Stunden, 40 Prozent 54 bis nicht ganz 56 Stunden und 1,1 Prozent länger.

Die Zahl der regelmäßigen Feiertage ist in den einzelnen Industriezweigen in verschiedenen Orten ungleich; in der Eisenindustrie gibt es regelmäßige Feiertage überhaupt nicht, in den anderen Branchen schwankt ihre Mindestzahl zwischen 4 und 6, die Höchstzahl zwischen 10 (Maschinenbau) und 26 (Fahrerzeugbau) im Jahr. Mehr als 20 Feiertage sind aber sehr selten.

Merke! Hänseleien.

Tag ein Tag aus ist der Arbeiter in die mit monotoner Gleichmäßigkeit klappernde Rhythmis eingesperrt. Die Sehnsucht, ein wenig Abwechslung in das langweilige Einerlei der täglichen Arbeit zu bringen, ist daher eine ganz natürliche Begierde. In früheren Jahren, als noch in vielen Betrieben ein gewisses patriarchalisches Verhältnis herrschte, war gar mancher kräftige Mann an der Tagesordnung, und wo Kollegen existierten, vor deren nimmer ruhender Sportlust niemand sicher war, fehlten auch gewöhnlich solche nicht, deren Naturität und Beruhigungsfähigkeit sie ständig zur Zielgröße mutwilliger Spätereien machte. Einer der beliebtesten Späße war seit jeher das Annageln der Pantoffeln, das Zubinden der Kermel und der Hosensäume. In manchen Werkstätten bestand auch der Brauch, daß den neu anfangenden Kollegen gewisse kleine Ueberprüfungen bereitet wurden, auf die die meisten natürlich hineinfelen. Ein sehr beliebter Apparat zu diesem Zweck war zum Beispiel der sogenannte Nagenprüfer. Auf einer kleinen Riste sah ein Windradchen. In die Riste hinein führte ein kleines Rohr. Also ein ganz harmloses unscheinbares Ding. Der Neuling sah bald interessiert, wie die Kollegen an diesem Apparat die Kräfte ihrer Lungen prüften. Mitteltätig lächelnd bemerkte er, wie es ihnen trotz ihrer großen Anstrengungen nicht gelang, dem Rädchen eine nennenswerte Drehgeschwindigkeit zu geben. Auf die Kraft seiner Lunge hochend, wollte er ebenfalls einen Versuch unternehmen. Bereitwillig wurde ihm der Apparat übergeben, und nachdem er gewaltig Luft geholt hatte, setzte er den Apparat an den Mund. Mächtig blies er hinein, und siehe da, der Erfolg war ein überraschender, wenn auch etwas anderer, als von ihm erwartet. Aus diesen kleinen Löchern drangen seine Strahlen — kein Ruh von dem starken Luftdruck getrieben. Da nun die Löcher leider auf das Gesicht des Unternehmungslustigen gerichtet waren, so verwandelte dieser sich urplötzlich unter allgemeiner Seitenlächeln in einen Neger.

Aber die eben bezeichneten Späße gehörten noch immer zu den harmlosesten. Beliebter war es auch, ahnungslosen Kollegen irgend einen Gegenstand hinten anzuhängen. Bedorngut waren dabei Plakate, die eine mehr oder minder gelungene Frage aufwiesen, und mit Aufschreien, wie: „Ich verbitte mir das Radchen“ verziert waren. Das also geschämte Opfer mußte dann gewöhnlich lange Zeit herumlaufen, ehe die allgemeine Späterkeit, die sein Aussehen überall verursachte, ihm eine dunkle Ahnung aufdämmern ließ. — Die Bekämpfung des Alkoholismus wurde in der Weise geübt, daß man dem Durstigen die gefüllte Bierflasche in einem unbewachten Augenblick einfach wegnahm, und eine mit Wasser gefüllte an ihren Platz stellte. Am häufigsten aber mißbrauchten die Kollegen herhalten, die die Brillengläser lachten, die keine festgebunden, ja besonders fest schließenden wurden mitunter Körperstelle bemalt, die gewöhnlich sonst nicht sichtbar sind. Und je wilder die in ihrer Namenswürde Gebänderten sich gebärdeten, um so mehr freute sich die Korona. Nicht selten wurde auch in ständiger Weise über einer für ein Löffel mit Wasser angebracht, der dem Unglücksraden, der die Schwelle überschritt, eine unerwünschte Dusche spendete. Wer sein Frühstück durch einen stark duftenden Käse genussreich machte, der beförderte das Uebelstuhende Papier mitunter nicht in den dazu bestimmten Müllkasten, sondern erstreckte einen guten Freund damit, dem er es an einer unauffälligen Stelle unter den Schmel oder im Drehbankbett oder sonstwo anlehte. Daß dieser dann vergeblich nach dem Ursprung der Wohlgerüche forschte, trug nicht wenig zur allgemeinen Belustigung bei. Arbeitete ein Kollege allzu eifrig an der Drehbank, so kam es öfter vor, daß auf unerklärliche Weise die Bank ausrückte oder der Kriemen herumfiel.

Manchmal nahmen aber derartige Fopperien einen unerwarteten Ausgang, wie im folgenden Beispiel illustriert werden soll. Einige schwache Stellen trieben einem Kollegen in dessen Abwesenheit einen Nagel in den Schmel, so daß die Spitze des Nagels einige Millimeter über das Gicht hinaustrat. In starker Bedrängung warteten die Böhrenter der Dinge, die da kommen sollten. Der Besitzer des Schmel kam und nahm Platz, um natürlich im Moment mit vorhut und Schmerz verzerrtem Gesicht wieder aufzuspringen. Ein an dem ganzen Vorfall gänzlich unbeteiligter Kollege kam in demselben Augenblick vorbei und mußte unwillkürlich darüber lachen. Der schwer Bekränkte vermutete natürlich in ihm den Urheber seines Schmerzes und verabreichte ihm eine scharfsterliche Maulschelle.

Späße aller grober Art sind nun glücklicherweise in neuerer Zeit zu vereinzelt Erscheinungen geworden. Einerseits bietet ihnen der moderne Betrieb und die bedeutend gesteigerte Ausbeutung des Arbeiters nicht mehr den genügenden Spielraum. Andererseits wurde

durch die Gewerkschaftsbewegung der allgemeine Bildungsgrad so gehoben, daß das Bedürfnis nach einer betriebligen Unterhaltung mehr und mehr geschwunden ist. Trotzdem ist jedoch in mancher Hinsicht noch Verbesserung zu bestreben. Wenn auch die moderne Arbeiterbewegung tatsächlich Gesprächsstoff zu anregender Unterhaltung in genügender Maße bietet, wird doch auch heute noch von verschiedenen Kollegen die Hänselei vorgezogen, nur mit dem Unterschied, daß an Stelle der groben Späße qualitativ ebenso hoch zu bewertende Redensarten getreten sind. Alles mögliche wird dazu als Anlaß genommen. In Werkstätten, wo mehrere Berufsgruppen nebeneinander arbeiten, fliegen die Hänseleien zwischen den einzelnen Branchen hin und her. Es gibt eben leider immer noch einzelne Kollegen, die, trotzdem sie organisiert sind, bei jeder Gelegenheit einen gewissen Berufsstolz hervorzuheben bestreben, sehr oft zum Schaden der Organisation, zum Gaudium der Unorganisierten und des Unternehmers. Die Gemüter erhitzen sich und plätschen dann häufig in den Werkstattversammlungen in einer Weise aufeinander, daß dem anwesenden Organisationsvertreter mitunter die Haare zu Berge stehen, und es oft Mühe genug kostet, wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen. Ober irgend ein Kollege hat in einer seinem Mitarbeiter verächtlich erscheinenden Weise mit dem Meßler verhandelt, oder ein Dreher hat einen stärkeren Span angefaßt als seinem Nachbar sachmännlich richtig erscheint. Anstatt nun den geraden Weg zu wählen und den vermeintlichen Sünder in ruhiger und sachlicher Weise zur Reue zu stellen, wird der Betreffende meistens durch Hänseleien zu belehren versucht. Und so ereignen sich Vorkommnisse vielerlei Art, die in ähnlicher Weise herhalten müssen. Zudem gibt es auch noch Meßler, die manchmal ein Interesse daran haben, die Kollegen innerhalb eines Betriebes gegeneinander zu hetzen, und behauerliche Weise fallen auch Kollegen darauf hinein, die sonst auf ihre Organisationszugehörigkeit nicht wenig pochen. Das Ende vom Stele ist gewöhnlich, daß die Hänseleien in wilde Schimpferien ausarten und Zank und Streit in Werkstattversammlungen sich endlos hinzuziehen.

Wenn es nun gelingt, derartige Streitereien gütlich aus der Welt zu schaffen, kann man noch zufrieden sein. Aber in vielen Fällen ist das nicht möglich, und dann sind Ausschlußanträge oder Schiedsgerichte die unausweichliche Folge. Und den in der Agitation tätigen Kollegen, die derartige Angelegenheiten zu erleben haben, wird dann durch stundenlanges Hin- und Hergerede, oft um die kleinsten Dinge, die, obgleich schon knapp bemessene Zeit gekostet. Auch die in Schiedsgerichten als Beisitzer fungierenden Kollegen atmen erleichtert auf, wenn endlich auf irgend eine Art und Weise ein Ausgleich geschaffen werden kann, und im stillen sagen sie sich: „Einmal und nicht wieder!“ Ein großer Teil der Schiedsgerichte braucht nicht berufen zu werden, wenn die Hänseleien eingekränkt würden, und manche Stunde Zeit könnte im Interesse der Organisation besser verwandt werden. Dazu ist aber nötig, daß den Kollegen, die für derartige Hänseleien besonders veranlagt zu sein scheinen, die gebührende Nachdruck über ihr schädliches Treiben die Augen geöffnet werden. Und beide Teile, sowohl die betreffenden Kollegen als auch die Organisation, werden davon Vorteil haben.

W. H. Richter (Charlottenburg).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 15. Oktober der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober 1911 fällig ist.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung des 5. Bezirks: Der Dreher Wilhelm Wald, geb. am 11. November 1878 zu Klettstedt, Buch-Nr. 421352, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau: Der Former Otto Guberlei, geb. am 17. November 1879 zu Rawitzsch, Lit. A. Buch-Nr. 378886, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fürstentum a. d. Spree: Der Klempner Otto Anderle, geb. am 13. Februar 1870 zu Ruge in Ungarn, Lit. A. Buch-Nr. 448823. Anderle hat ein aus der Gewerkschaftsbibliothek entliehenes Buch nicht abgeliefert.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach: Der Silberschläger Johann Müller, geb. am 19. August 1877 zu Schwabach, Buch-Nr. 114502, wegen Sperrebruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz: Der Metallarbeiter Willy Salverky, geb. am 12. Mai 1880 zu Venusberg, Lit. A. Buch-Nr. 195978, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wülheim a. Rhein: Der Metallarbeiter Hermann Kimm, geb. am 11. Mai 1886 zu Jserlohn, Buch-Nr. ?, wegen unkollegialem Verhalten.

Gestohlen und verloren:

Lit. A. Buch-Nr. 688755, lautend auf den Schlosser Ewald Schindler, geb. am 25. Juni 1884 zu Siegnitz. Im Dieb kommt in Betracht der Eisen dreher Joh. Reimann, geb. am 5. Febr. 1889 zu Jauer, Lit. A. Buch-Nr. 686701. Reimann wird zur Rechtfertigung aufgefordert. (Jauer.)

Lit. A. Buch-Nr. 762743, lautend auf Jul. Herrling, geb. am 10. Januar 1884 zu Preitz (Leipzig).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 30. September 1911 bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgebühren.

Von Aachen 2500 M. Albstadt 100. Altwasser 400. Amberg 450. Annaberg 300. Apolda 800. Arnstadt 300. Aischleichen 800. Aue 13 000. Augsburg 8886,60. Baden-Baden 100. Barm 100. Bausen 1600. Bergedorf 1600. Berlin 150. Bernburg 800. Bielefeld 13 000. Bisingen-Bietigheim 200. Bitterfeld 300. Bochum 3000. Boizenburg 300. Braunsberg 5600. Bremen 2500. Breslau 1500. Brieg 200. Bromberg 250. Burgau 1400. Burg 300. Burgstädt 800. Chemnitz 182,10. Dörfel 400.

Delmenhorst 250. Differdingen 200. Döbeln 1400. Dortmund 3200. Duisburg 1200. Eberstraße 2500. Ebingen 250. Eibitzheim-Opbau 400. Ebing 1600. Eisenherba 1800. Erlangen 600. Esser 6000. Eßlingen 5000. Fachsenheim 400. Franenberg 200. Franenthal-Worms 8000. Frankfurt a. M. 14 000. Frankfurt a. O. 700. Freiburg i. S. 400. Freiburg i. Schl. 800. Freudenstadt 100. Fürstentum 800. Gassen 350. Geilshausen 300. Gelsenkirchen 1500. Gevelsberg 3000. Gießen 1200. Gießhain 250. Gollern 150. Göttingen 5000. Götting 3500. Göttingen 400. Grauberg 200. Greiz 1000. Gröna 600. Grünberg 200. Guben 400. Gützkow 200. Hagau 8000. Halle a. S. 14 000. Hanau 10 000. Hannover 35 000. Harburg 1600. Heide 300. Heidenheim 1800. Heilbronn 5000. Helmstedt 200. Hersbrud 200. Hirschberg 850. Hocht 1600. Hohenstein-Ernstthal 2300. Jena 200. Jünglingstadt 200. Jserlohn 4000. Kiehe 190. Jauer 300. Jena 7000. Karlsruhe 12 000. Kassel 7000. Kempen 200. Kiel 10 000. Koburg 800. Königsbrunn 300. Königsbrunn 400. Konstanz 200. Kottbus 150. Kitzingen 200. Laubach 100. Landshut 160. Landsberg a. W. 800. Landsbut 100. Lauf 200. Lauterberg 100. Leichlingen 60. Leisnig 200. Lengefeld 200. Lissa 250. Lötzbach 200. Lübeck 2000. Lübz 100. Ludenwalde 3500. Ludwigshafen 4000. Magdeburg 35 000. Mainz 13 000. Mannheim 20 000. Martinlamitz 400. Meissen 8600. Merseburg 1400. Meiningen 350. Meuselwitz 200. Miesbach 270. Mittweida 600. Mügeln 20 000. Mühlbach 1000. Mühlhausen im Elz 700. Mühlheim a. Rh. 2500. Mühlheim a. Ruhr 1800. München 40 000. Muskau 500. Neike 250. Neugersdorf 700. Neumarkt 100. Neumünster 800. Neufahr 100. Neufahr a. S. 800. Neustadt i. S. 300. Nienburg 1200. Nikolai 50. Nossen 200. Romauers-Neuenhof 1400. Osterstein 1200. Oederan 250. Offenbach 3000. Oelsnitz 400. Ojersleben 100. Okerholz-Scharnbeck 800. Osterode 600. Pegnitz 400. Peine 1550. Penz 100. Pforzheim 34 500. Pfungstadt 200. Plauen 5000. Plattenberg 600. Posen 500. Potsdam 600. Prenglau 250. Quebitzberg 5000. Radeberg 800. Radolfszell 200. Rathenow 6000. Rathor 100. Ratingen 200. Regensburg 400. Reichenbach 600. Reichenburg 800. Reutlingen 800. Riesa 2200. Röscht 150. Rößlau 600. Rößwein 300. Rostock 8500. Rost a. S. 600. Salzgitter 150. Sangerhausen 800. Seib 200. Siegen 250. Sommerda 200. Sondersburg 150. Sorau 300. Sulz 5000. Suhl 5000. Suhl 5000. Schmiedeberg 4000. Schmolln 450. Schönebeck 1600. Schramberg 400. Schwabach 2500. Schweidnitz 200. Schwenningen 500. Schwerin 300. Schwiebus 350. Stade 200. Stargard 300. Staffort 1200. Stendal 250. Steffin 24 000. Straßburg 3200. Stuttgart 24 200. Teterow 200. Thorn 70. Torgau 150. Torgelow 800. Trierberg 300. Tutzlingen 1000. Ulm 500. Urel 600. Utecht 3000. Welsch 282,60. Wernitz 200. Werder 250. Wilhelmshaven 4000. Witten-Annen 2000. Wittenberge 800. Wolfenbüttel 1000. Würzburg 600. Würzen 1500. Zettlitz 2000. Zerbst 1100,30. Zittendorf 700. Zittau 2000. Zorge 400. Zwickau 10 000. Stuttgart (Einzelmittelglieder) 400. R. Dentsch, Grimma (Sammelgeld) 8,40. Für Erfaßbücher 54,40. Sonstige Einnahmen 85,12 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einforder von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzubalten:

- von Bedenarbeiter nach Budapest (Firma Saita) D.; von Drahtarbeitern nach Wismar (Firma Müller) D.; von Dreher und Schlossern nach Stuttgart (Firma K. Ringelmann) D.; von Elektromotoren nach Gabling (St. Elektricitätsw.) St.; nach Hamburg; nach Rempten (Firma G. Kessel) M.; nach Köln, St.; von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Witten (Firma F. Krupp, A.-G.) D.; nach Arnstadt i. Thür. (Firma W. Nenger & Co.); nach Berlin, St.; nach Biebrich (Firma Rheinbütte) D.; nach Chemnitz (Dietrich & Köhler) D.; nach Düsseldorf, L.; nach Gmund (Firma H. H. & Schweiger) M.; nach Pulsnitz i. Sa. (Firma Mattia) St.; nach Schaffhausen (Eisen- und Stahlwerke A.-G.) D.; nach Schmeln (Firma G. Schubeis, Eisen- u. Stahlgießerei) St.; nach Schweinfurt (Firma Benz) D.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.; von Galvanisierern, Schleifern und Stahlgießern nach Siegnitz (Firma Sandig & Co.) St.; von Gelbmetallindustriearbeitern nach Chemnitz; von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Hesseleuren und Hiltarbeitern nach Pforzheim; nach Wien (Silberwaren, A.-G. vorm. Forgas & Rohut) D.; von Feigungsmonitoren nach Hamburg (Firma Kohl & Dreßmer) Str.; nach Jserlohn (Firma M. Pfänder) M.; nach Siegen (Firma Hinterh.) D.; von Klempnern aller Art und Installateuren nach Danemark, M.; nach Franenthal, St.; nach Frankfurt a. M.; nach Lindau i. B. (Firma A. Sauer, Automobilfabrik) D.; nach Lößnitz i. Ergg. (Emailwerk) D.; von Messerarbeitern aller Art nach Solingen, St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Arnstadt (Firma F. Barth, Stanzmesserfabrik); nach Barmen-Glberfeld; nach Bergedorf (Firma Gebrüder Hennig, Automatenbauanstalt) D.; nach Brüssel (Firma Willocq Votin) St.; nach Chemnitz (Firma Oskar Schimmel & Cie, A.-G. und Maschinenfabrik Köfer-Schönau) D.; nach Delmenhorst (Delmenhorster Wagenfabrik Lönthes, A.-G.); nach Düsseldorf, L.; nach Ebingen (Firma Partner, Wagen- und Gewichtfabrik); nach Gießen i. Sa. (Maschinenfabrik S. Böhmer); nach Glberfeld, L.; nach Hanau-Kesselfeld (Klings Dhrwerte, Krebs & Klett) D.; nach Herford i. W. Str.; nach Hildesheim (Firma Jaf. Wagner, Umhüllstoffe) D.; nach Köln (Rhein-Elbenfelder Maschinenbauanstalt) St.; nach Krefeld (Maschinenfabrik Schwoers) M.; nach Laingen bei Augsburg (Maschinenfabrik Rödel & Böhm) D.; nach Mehl i. Hann. (Firma Gengenwein, Metallwerk, Hildesheim) M.; nach Minden und Umgeb. M.; nach München-Slabach (Firma Scheid & Bachmann) M.; nach Norwegen, M.; nach Offenbach (Firma Mayer & Schmidt) St.; nach Reutlingen (Firma Blesing & Söhne, Maschinenfabrik und Eisengießerei) D.; nach Rendsburg-Waldelsdorf (Karlshütte) D.; nach Rheyt (Firma Schwarz) St.; nach Saalfeld (Optische Anstalt, G. m. b. H.) D.; nach Singen a. S. (Firma Brusch, Maschinenfabrik u. Installationsgeschäft) D.; nach Tutzlingen (Firma Schweißh.) St.; nach Wörmund (Firma Schwanenwerk) St.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.; nach Wermelskirchen b. Remscheid (Firma Weder) D.; nach Wiener-Neustadt (Daimlerwerke); nach sämtlichen Orten in Thüringen;

Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. Lohn- oder Tarifbewegung; A. Auslieferung; D. Differenzen; R. Nachregelung; M. Mißstände; N. Lohn- oder Arbeitsreduktion u. s. w. Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Übertragung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Übertragung von Streiken müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Korrespondenzen.

Elektromonteur.

Magdeburg. Die Elektrotechnik hat sich in ungeahnter Weise entwickelt. Die Zahl der Arbeiter, die in dieser Industrie beschäftigt werden, ist gewaltig gestiegen. Immer größer sind die Gewinne geworden, die die Unternehmer aus der Arbeit der Elektromonteur und Stützmonteur gezogen haben. Es ist den Unternehmern aber gar nicht eingefallen, die Löhne entsprechend der Arbeitsleistung zu erhöhen, oder auch nur einen Ausgleich für die immer teurer werdenden Lebensbedingungen herbeizuführen. Dies veranlaßte die Elektromonteur Magdeburgs, sich an ihre Unternehmer zu wenden, um so mehr, als trotz der im Frühjahr 1910 erfolgten Lohn-erhöhungen die Existenzbedingungen zu den denkbar schlechtesten gehörten. Es ist leider eine Tatsache, daß die Stundenlöhne im elektrotechnischen Gewerbe auch jetzt noch nicht die Höhe erreicht haben, wie sie im Baugewerbe vorhanden sind, und während der Durchschnittslohn der hiesigen Klempner und Installateure auf annähernd 53 S. steht, kommt er für Elektromonteur über 45 S. nicht hinaus. Es fehlt in diesem Berufe auch an einer durchgreifenden Regelung des Ueberstundenwesens. Der allgemein übliche Zuschlag ergibt fast gar nicht und die Montageauslösungen werden in der Regel nur den leitenden Monteuren gezahlt, während den übrigen der Stundenlohn von 6 bis 10 S. erhöht und eine weitere Entschädigung für auswärtige Arbeiten überhaupt nicht geleistet wird. Das Verlangen nach einem Tarifvertrag war also durchaus berechtigt. Unsere „liberalen“ Unternehmer wollen aber von Tarifabschlüssen nichts wissen. Sie lehnten Verhandlungen mit sogenannten „Dritten“ grundsätzlich ab und „ihren Arbeitern“ erklärten sie: „Es könne sich bei der Forderung der Monteure höchstens um Teuerungszulagen handeln.“ Diese Teuerungszulagen sollten nun nicht etwa allgemein, wie die Teuerung selbst ist, erfolgen, sondern nur die sollten sie erhalten, die sie nach der Meinung der Unternehmer auch verdienen. Darauf konnten sich die Elektromonteur unmöglich einlassen. Die Unternehmer nahmen sich aber recht viel Zeit, und als die Monteure auf Erledigung der Lohnfrage drängten, da fanden einige der Unternehmer noch den traurigen Mut, mit „Ausweichman“ zu drohen. Die Antwort auf diese Protokollanten erfolgte dann sehr schnell. Die am besten organisierten Werkstätten nahmen zur Arbeitsüberlegung Stellung. Der Streik brach bei Thormeyer & Co. und bei der Firma Rehberg & Reinhardt aus. Während im erstgenannten Betriebe nach 1 1/2 Tagen eine Einigung zustande kam, mußte im letzteren der Kampf fortgesetzt werden. Diese Tatigkeit brachte Bewegung in den schwerfälligen Körper der Unternehmerorganisation. Den vom Streik betroffenen Unternehmern versprachen die Herren die weitestgehende Hilfe, um aber dem gleichen Schicksal zu entgehen, erfolgte noch in derselben Woche nicht die Teuerungszulage, sondern die Lohnzulage, und zwar von 2 1/2 bis 5 S. für die Stunde. Die Hilfe, die der noch allein bestehenden Firma zuteil wurde, bestand in der Aufgabe von Annoncen in den hiesigen Blättern der Großstädte Deutschlands. Die geliebten Monteure kamen aber nicht. Die schwarzen Hosen, auf denen die 15 Streikenden herzeichnet waren, wirkten auch nicht. Die Drohung, daß die Streikenden in ganz Deutschland keine Beschäftigung finden würden, entpuppte sich als eine althergebrachte Schandensache. Schon nach wenigen Tagen waren die Ausständigen durch den Arbeitsnachweis des Verbandes untergebracht, so daß der Streik aus diesem Grunde aufgehoben und dafür die Sperre verhängt werden mußte. Die Bewegung der Elektromonteur Magdeburgs ist für die Beteiligten erfolgreich beendet. Sie hat den Unternehmern gezeigt, daß den Beschäftigten das Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen eingeräumt werden muß. Dem Abschluß eines Vertrags, der die berechtigten Ansprüche der Monteure feststellt, können die Unternehmer nicht entkommen. Die Zahl der Firmeneinhaber wird immer größer werden, die sich weigern, die Kampfbedingungen der Metallarbeiter zu unterstützen, daß sie es wegen erfüllbarer Forderungen zu Ausständigen kommen lassen, die den Beschäftigten behüten. Vornehmlich haben aber die Elektromonteur selbst aus dieser Bewegung gelernt. Sie wissen, daß eine besondere Liebe für ihr Streben nach auskömmlichen Löhnen bei ihren Unternehmern nicht vorhanden ist. Der Fortschritt, der ihnen die so notwendigen Verbesserungen bringen soll, ist nicht leicht zu erreichen. Der volle Erfolg hängt von der Größe und der inneren Vollkommenheit der Organisation ab. Auf diesem Gebiet gibt es noch sehr viel zu tun. Es muß mit mehr Eifer gearbeitet werden. Erfüllen die Elektromonteur diese Aufgabe gründlich, dann wird es in ihrem Berufe zu einem Arbeitsvertrag kommen, der den dreifachen Mangel ein Ziel setzt.

Feilenhauer.

Zwittau i. S. In Zwittau, Berbau und Grimmlitz sind die Feilenhauer in einer Lohnbewegung. Bei der Firma Frühlich in Berbau haben die Kollegen gekündigt. Wir erwarten den Zugang nach diesen Orten streng fernzuhalten.

Formen.

Berlin. Die hiesigen Eisenwerker und Eisereisenarbeiter haben am 6. Oktober die Zugeständnisse der Unternehmer abgelehnt und be- schlossen, am 7. Oktober früh die Arbeit nicht wieder anzunehmen. Beteiligt sind zunächst circa 3000 Mann. Zugang von Eisenwerkern und Eisereisenarbeitern nach Berlin ist fernzuhalten.

Neuburg-Babelsberg. Die Direktion der Carlshütte machte große Anstrengungen, um die Arbeiter zur Aufgabe ihrer Kündigung zu bewegen. Angeblich von dem gelben Berderein — in Wirklichkeit jedoch von der Leitung der Carlshütte — ist wieder ein Flugblatt verbreitet worden, in dem wieder über die roten Agitatoren hergefallen wird. Dann werden nochmals zum Ueberdruß die „Wohlfahrtsvereinigungen“ der Carlshütte aufgeführt und die Arbeiter ge- beten, sich doch unter die Fittiche dieses gelben Berdereins zu begeben. Wirklich ist dieses Fieseln vergeblich. Wenn die Carlshütte Früher haben wollte, so hätte sie ihn haben können. Unser Bezirks- leiter Schulz hat der Direktion den Druckbogen gesandt, in eine Be- sprechung über die nachstehenden Differenzen einzutreten, sie lehnte ab jedoch ab. Durch Anschlag wurde den Arbeitern dies mitge- teilt und sie wurden nochmals aufgefordert, ihre Kündigung zurück- zuziehen. Welchen Erfolg das hatte, zeigte eine am 5. Oktober ab- gehaltenen Versammlung in der einstimmig betont wurde, an der Kündigung unbedingt festzuhalten, wenn die Direktion kein Ent- gegenkommen zeige. Außerdem sind den Arbeitern auch die Verle- wungen gelehrt worden, und nun jeder zu gehen, hat die Direktion schon einige Protokollen auf Samstag der Bohnung ein- gereicht. Das Gericht hat die Arbeiter auch zur Klärung verurteilt und die Direktion hat darauf unerschrocken diese Familien auf die Straße setzen lassen. Am 7. Oktober laßt die Ri- gierung des Arbeitervereins es nach am 2. Oktober müssen die Verle- wungen geräumt sein. Die Direktion rechnet damit, daß die Familien bei den nächsten Bohnungsverhältnissen eine Unter- kunft finden werden und deshalb in das Loch der Carlshütte zurück- kehren müssen. Diese Forderung erfüllt sich jedoch nicht. Ein Teil der Arbeiter, die keine Verle- wungen haben, hat sich ohne weiteres bereit erklärt, die ausgelegten Familien mit in ihre Wohnungen mitzubringen. Die Gemeinde Babelsberg, die nicht kaltes gesehen hat, daß die Gemeindevorsteher mit ihren Gehilfen auf der Straße liegen, läßt eine Parade machen, um die Häuser der Ausge- legten herein mitzubringen. Von der Direktion werden nun drei beschriebene Familien angefertigt, die den in den Ausstand tretenden Arbeitern ausgestellt werden sollen. Eine Karte lautet an die Arbeiter der Carlshütte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und erklärt den Inhalt und besagt: Durch die zweite Lohn- und Arbeitsüberlegung auf der Carlshütte ergibt sich zugleich der Ein- tritt in den gelben Berderein erklärt. Durch die dritte Lohn- und Arbeitsüberlegung einer Verle- wung erfolgt. Die beiden letzten Karten sind

an die Direktion gerichtet. So wird also alles aufgeboten, die Ar- beiter von ihrer Organisation abzugeben. Einen Erfolg wird die Carlshütte mit diesen Mitteln nicht haben.

Graveur und Ziseleur.

Dresden. Seit längerer Zeit beschäftigt sich eine Kommission aus Vertretern des Bundes selbständiger Graveure und Ziseleure und der Gewerkschaft mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für unsere Berufe am hiesigen Ort. Nunmehr haben die abgehaltenen Versammlungen beider Teile das Statut für eine solche Institution gutgeheißen, so daß diese Neueinrichtung den gesamten Interessenten beider Teile zur Verfügung steht. Es sei kurz darauf hingewiesen, daß sich auch unser Statut des Arbeitsnachweises an das bestehende Mün- cher Statut anlehnt. Hervorgehoben sei, daß am Ort nicht zu besetzende offene Stellen dem Zentralarbeitsnachweis für unsere Berufe in Berlin überlassen werden, wozu die Kollegen hierdurch Kenntnis nehmen wollen. Es wird somit allen hier Stellung suchenden Be- rufskollegen zur Pflicht gemacht, sich durch den Arbeitsnachweis die offenen Stellen vermitteln zu lassen, und wir erwarten, daß unsere Kollegen dem in erster Linie nachkommen. Das Statut für diesen paritätischen Arbeitsnachweis hat folgenden Wortlaut: § 1. Die in der Branche beschäftigten Arbeiter haben bei Stellen- veränderung, die Prinzipale bei Arbeitgeberwünschen den Arbeitsnach- weis zu benutzen. § 2. Stellensuchende Arbeiter, soweit sie am Orte wohnen, haben sich persönlich beim Arbeitsnachweis zu melden. Per- sonalwählende Prinzipale haben ihren Bedarf an Arbeitskräften schriftlich oder mündlich beim Arbeitsnachweis zu melden. § 3. Beim Arbeitsnachweis werden die Personalisten der sich Meldenden der Reihe nach in eine hierzu bestimmte Liste eingetragen. Etwaige in bezug auf das Arbeitsverhältnis geäußerte Wünsche sind beizufügen. Ebenso wird über die gemeldeten freien Stellen eine Liste geführt und die besonderen Wünsche der Arbeitgeber dort eingetragen. § 4. Sind beim Arbeitsnachweis freie Stellen angemeldet, so ist dem Arbeit- suchenden eine Zuweisung sofort einzuführen und in beiden Richten die erfolgte Zuweisung zu bemerken. § 5. Die Zuweisungen er- folgen nach der Reihe der Anmeldungen unter Umständen Berücksich- tigung besonderer Wünsche. § 6. Offene Stellen, welche am Ort nicht besetzt werden können, sind dem Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure, Berlin, zur weiteren Erledigung zu überweisen. § 7. Arbeiter, welche noch im Arbeitsverhältnis stehen, sich aber ver- ändern wollen, müssen sich beim Arbeitsnachweis melden, bleiben aber nur auf die Dauer von einem Monat vorgemerkt. Nach Ablauf dieser Zeit müssen sie sich wieder neu eintragen lassen. Arbeit- suchende Stellenwählende nur dann nachgeliefert werden, wenn Arbeitslos nicht vorhanden sind oder wenn dieselben der betreffenden Arbeit nicht gewachsen sind. Prinzipale haben ihren Bedarf an Arbeitskräften, wenn nach vier Wochen die Stellen nicht besetzt sind, neu anzumelden. § 8. Zugewiesene Arbeiter dürfen nur dann ein- gestellt werden, wenn sie durch den Arbeitsnachweis vermittelt sind. Jeder Prinzipal ist verpflichtet, solche Arbeitssuchende vor der Ein- stellung an den Arbeitsnachweis zu verweisen. Das sogenannte Um- jögen ist verboten. § 9. Glaubt sich ein Prinzipal oder ein Ar- beitsuchender benachteiligt, oder hat er sonst eine Klage an den oder gegen den Arbeitsnachweisführenden, so ist die Beschwerde bei der Beschwerdekommission anzubringen, die je zur Hälfte aus Prinzipalen und Arbeitern besteht. § 10. Die Vernehmung der Prinzipale besetzt sich vor, den Arbeitsnachweis jederzeit kontrollieren zu können.

Metallarbeiter.

Wieselsfeld. (Zur Lohnbewegung in der hiesigen Metallindustrie.) Seit der Lohnbewegung im Jahre 1906, die alle Betriebe der Metallindustrie umfaßte und mit der Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und der Bewilligung mehrerer Neben- forderungen endete, ist es in Wieselsfeld zu einer größeren Bewegung zur Besserung der Arbeitsbedingungen nicht gekommen. Zwar drohten die im Mai des vergangenen Jahres ausgebrochenen Ausstände der Ringstahlwerke und Wacker bei der Firma D r o p p sich zu einer allgemeinen Ausperrung auszuwachsen, aber diese Ausstände beschränkten sich auf die Durchföhrung von Spezialwünschen der beiden genannten Abteilungen und können deswegen als Bewegungen mit größerem allgemeinem Gesichtspunkte und Zielen nicht in Be- tracht kommen. Die lange Ruhepause war natürlich keine freiwillige. Während das Jahr 1907 im allgemeinen eines der glanzvollsten im Wirtschaftslieben Deutschlands war, machten sich in den letzten Mo- naten des genannten Jahres in den hiesigen Fabriken schon die Zeichen des beginnenden Niederganges bemerkbar. 1908 und 1909 erst waren für die hiesige Industrie kritische Jahre erster Ordnung. Unseren Kollegen drohten sie eine Arbeitslosigkeit, wie man sie vor- dem nie gekannt, und es erscheint jedem nur natürlich, daß in diesem Zeitraum eine Bewegung zur Besserung der Lohn- und Arbeits- bedingungen absolut unumgänglich war. Auch im Jahre 1910 war, ob- gleich die Wirtschaftslage auswärtigen günstiger geworden war, aus mancherlei Gründen die Einleitung einer größeren Bewegung nicht opportun, so daß Mitglieder und Verwaltung des Verbandes mit der Bewirtlichung ihrer Arbeit wohl oder übel bis zu Beginn der Herbstmonate 1911 warten mußten. Dieser unfreiwillige Aufschub der Bewegung ist indes kein Unglück geworden, denn die Konjunktur ist gegenwärtig eine sehr günstige sowohl in der Fahrrad- wie in der Nähmaschinenbranche. Auch die übrigen Betriebe der heimischen Metallindustrie sind gut beschäftigt. Mit fünf großen Betriebsver- sammlungen der Arbeiter der Firmen Interwerke (vormals Gengst- berg), Hitz & Kneppel, Dürlop, Götze und Koch wurde die Be- weegung eingeleitet. Sie umfaßt zunächst die in den genannten Be- trieben Beschäftigten, etwa 7000 Arbeiter. Nach der Entscheidung in den Räteversammlungen und Fahrradbetriebe aber wird sie auch auf alle anderen Fabriken der Metallindustrie am Orte und in Brodowide übergehen, so daß die Anzahl der Beteiligten sich auf etwa 11 000 erhöhen wird. Davon ausfallen auf unsere Organisation 7500, auf den Holzarbeiterverband 500, den Schmiedeverband 180, den Sattler- verband 200, auf andere freie Gewerkschaften rund 100 und auf ge- werbliche Organisationen (Christliche Metallarbeiterverband und Hirt-Verbandsvereine) etwa 250. Das Ziel der Be- weegung wurde in einer in allen Versammlungen einstimmig gefaßten Resolution niedergelegt, in der die Organisationsleistung beauftragt wurde, mit der Organisation der Unternehmer in Unergänzungen zu treten, um 1. eine den gesteigerten Lebens- und Lebensmittelpreisen entsprechende Erhöhung der Lohn- und Abforderte, 2. eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit und 3. eine größere Erhöhung und Steigerung des Arbeitsverhältnisses herbeizuführen. In Aus- führung dieses Auftrages ist den Unternehmern am darauffolgenden Tage eine ausgiebigste begründete Eingabe der Organisationen zuge- gangen. Als Grundlage der erwünschten Verhandlungen wurden folgende Punkte vorgeschlagen: 1. Für alle Arbeiter, Lohn- und Maschinenarbeiter, werden Einstellungslohn festgesetzt mit der Maßgabe, daß der Einstellungslohn bei vollständigen Arbeitern nicht unter 40 S. pro Stunde betragen soll. Die Festsetzung eines Stundenlohnes für Maschinenarbeiter ergibt in der Weise, daß der bisher erzielte durch- schnittliche Wochenlohn in 54 Stunden ausgedrückt wird. 2. Die Arbeitszeit soll so gestellt sein, daß der Arbeiter einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann. Hierbei, die bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, werden er- halten. 3. Die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter erhalten eine Zulage von 4 S. pro Stunde. 4. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung wird allen in Lohn beschäftigten Arbeitern ein Zuschlag von 2 S. pro Stunde gewährt. 5. Bei höchstem Geschäftsgang soll, bevor wegen Arbeitsmangel Entlassungen erfolgen, die Arbeitszeit bis auf sieben Stunden verkürzt werden. Grundsätzlich wird zugestanden, daß er- krankte oder zu militärischen Leistungen eingezogene Arbeiter nicht entlassen werden sollen. Mit Rücksicht auf die bei den Firmen Dür- lop und Götze laufende Arbeit erfolglosen Geschäftsvorfällen wurde Antwort auf die Eingabe bis zum 4. Oktober erbeten. Aber schon am 2. Oktober wählte die hiesige Bezirksleitung zu

melben, daß alle Forderungen der Metallarbeiter von den Werken abgelehnt seien. Da war nun freilich der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Notiz war offenbar von einem Unternehmer in- spiriert worden, der ein Interesse daran hatte, den Kampf heraus- zubehalten, um dann im trüben fischen zu können. Die Arbeit- geberorganisation hatte bis zum 2. Oktober überhaupt noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Die pünktlich am 4. Oktober ein- gelaufene Antwort war zwar alles andere als eine Annahme der von den Gewerkschaften überreichten Vorschläge. Die Forderung eines Einstellungslohnes wurde für unzulässig erklärt, eine 10 stündige Verkürzung der Arbeitszeit ließe sich nicht recht- fertigen und für die Bewilligung von erheblichen Lohnauf- besserungen sei der jetzige Zeitpunkt sehr ungeeignet — so hieß es in dem Schreiben. Nun ist aber eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht einmal in den Vorschlägen der Gewerkschaften als Forderung erhoben worden, so daß sich in dieser Frage wohl eine Einigung erzielen lassen wird. Ebenso ist zu erwarten, daß bezüglich der Lohnaufbesserungen eine Verständigung zustande kommt, da ja nur noch Meinungsverschiedenheit über die Frage besteht, was als eine erhebliche Aufbesserung anzusehen ist. Diese Auf- fassung gewinnt an Berechtigung dadurch, daß die Unternehmer ausdrücklich betonen, daß die Arbeiter auskömmliche Löhne haben müssen, wenn ihre Leistungsfähigkeit erhalten bleiben soll. Ist diese Forderung keine bloße Redensart, was wir in dem Zusam- menhang nicht annehmen können, dann wird es den hiesigen Unternehmern wohl nicht schwer fallen, die bestehenden Differenzen im Frieden beizulegen. Die ersten Verhandlungen, die von Vertre- tungen des Industriellenverbandes und der Arbeiterorganisationen geführt werden, sind auf Montag den 9. Oktober anberaumt. Ueber ihr Ergebnis werden wir in der nächsten Nummer der Metallarbeiter- Zeitung berichten.

Schlosser.

Magdeburg. Am 1. Oktober ist für die in den Kunst-, Bau- und Eisenkonstruktionsbetrieben Magdeburgs beschäftigten Gesellen folgender Vertrag in Kraft getreten: 1. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten endet die Arbeitszeit, sofern nicht unaufschiebbare Ar- beiten vorliegen, um 4 Uhr. 2. Die Lohnzahlung erfolgt freitags pünktlich am Arbeitschluß in der Werkstatt oder an der Arbeitsstätte. 3. Die Lohnberechnung geschieht nach Stunden. Der Mindestlohn für Gesellen beträgt im ersten Halbjahr nach Be- ender Lehrzeit 33 S., im zweiten Halbjahr 35 S., dann 40 S. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr, 45 S. bis zum vollendeten 23. Lebensjahr, 50 S. bis zum vollendeten 26. Lebensjahre und darüber nach freier Vereinbarung. 4. Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit wird nur in Notfällen geleistet. Ueber- stunden werden bis zu zwei Stunden mit 10 S., jede weitere Ueber- stunde und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen mit 20 S. Zuschlag vergütet. 5. Die Zeit, welche zu den Wegen von der Werkstatt zur Arbeitsstätte und umgekehrt gebraucht wird, gilt als Arbeitszeit. Bei Arbeiten, die mehr als 5 Kilometer von der Werkstatt entfernt liegen, außerdem bei Eisenhochbauten wird ein Zuschlag von 5 S. die Stunde, falls Uebernachtung notwendig, ein Zuschlag von mindestens 2,50 M. gezahlt. Keilzeit gilt als Arbeitszeit. 6. Die in der Ge- werbeordnung vorgesehene Kündigung kommt, wenn nichts anderes vereinbart worden ist, nicht in Anwendung. Das Arbeits- verhältnis kann vielmehr von beiden Seiten jederzeit gelöst werden. Für den Kündigungstag wird die tatsächlich geleistete Ar- beitszeit bezahlt. 7. Durch diese Vereinbarung darf eine Ver- schlechterung der Arbeits- oder Verdienverhältnisse für keinen der Beschäftigten eintreten. 8. Vorstehender Vertrag ist in jeder Werk- statt sichtbar auszuhängen. Er hat Gültigkeit vom 1. Oktober 1911 bis zum 31. März 1914. Falls 6 Monate vor Ablauf des Vertrags von keiner Seite Kündigung erfolgt, gilt er als um 1 Jahr verlängert. 9. Bei allen Bezolungen, welche den Arbeitsvertrag betreffen, hat ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes Sitz und Stimme. — Der Vertrag verkürzt die Arbeitszeit, die bisher 10 Stunden, in einzelnen Betrieben selbst bis 11 Stunden betrug; er regelt die Zuschläge für Ueberzeitarbeit, bringt Ordnung in die Lohnzahlung, die jordan auch in diesem Gewerbe freitags stattfinden wird, und anderes mehr. Vor allem befreit der Vertrag die gerade bei den Schlossern noch gezahlten jämmerlichen Löhne, die bis auf 25 S. herabgingen. Wenn an die Ausgelernten die angegebenen Höhe, zum zweiten Jahre nach der Lehre an mindestens 40 S., zum vollendeten 21. Lebensjahr an 45 S. und zum vollendeten 23. Lebens- jahr an 50 S. als Mindestlohn gezahlt werden müssen, und zum 26. Lebensjahre an eine weitere Zulage zu erfolgen hat, deren Höhe allerdings freier Vereinbarung überlassen wurde, so bedeutet das für die Mehrzahl eine Aufbesserung ihrer bisherigen Löhne, teilweise sogar eine erhebliche. Immerhin kann man den Vertrag nur als den Anfang einer Regelung bezeichnen. Es wird an den Schlossern liegen, sich bis auf den letzten Mann im Deutschen Metall- arbeiter-Verband zu organisieren und dadurch nicht nur die gewissen- haftere Durchführung des jetzt beschlossenen Vertrags zu garantieren, sondern auch die spätere Verbesserung des Vertrags vorzubereiten.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1910. Die von der Generalkommission alljährlich vorgenommene Statistik über Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen der deutschen Gewerkschaften ist jenseit als Beilage Nr. 7 zu Nr. 99 des Kor- respondenzblattes erschienen. Danach war das Jahr 1910 ein Jahr großer wirtschaftlicher Kämpfe. Es weist die größte Zahl wirt- schaftlicher Kämpfe auf, die bisher in einem Jahre in Deutschland nachgewiesen wurden. Es wurden 9690 Kämpfe geführt, an denen 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung der Kämpfe erforderte eine Ausgabe von 18 666 523 M. Als Resultat ist zu bezeichnen eine Arbeitszeitverkürzung für 344 570 Personen um 755 564 Stunden die Woche und für 227 627 Personen eine Lohn- erhöhung von 1 815 537 M. die Woche. Dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 9444 Stunden und Zurückverlegung einer Lohnverkürzung von 29 779 M. Von den Bewegungen des Jahres 1910 verliefen 6496 oder 67 Prozent ohne Arbeitseinstellung, während 3194 zu einer Ar- beits-einstellung oder Ausperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung nahmen 655 531 oder 64 Prozent aller Be- teiligten teil. Das gleiche Zahlenverhältnis war in den Vorjahren zu bezeichnen. In der Statistik der Generalkommission wird darauf verwiesen, daß die große Zahl der ohne Arbeitseinstellung ver- laufenen Lohnbewegungen auf die Koppelierung der gestiegenen und finanziell gut fundierten Gewerkschaften durch die Unternehmer zurück- zuführen ist. Von den 6496 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung galtten 5580 der Verbesserung und 916 der Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen; 70 Prozent der Angriffsbewegungen endeten erfolgreich, 29,7 Prozent teilweise erfolgreich; 83,7 Prozent der Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg. Streiks und Ausperrungen sind im Berichtsjahr 3194 durch- geführt worden, und zwar 1885 Angriffstreiks mit 110 613 Be- teiligten, 839 Abwehrtreiks mit 31 500 Beteiligten und 970 Aus- perrungen mit 226 898 Beteiligten. Die größte Anzahl der Kämpfe entfällt auf das Baugewerbe; waren doch hier allein 1387 Streiks und Ausperrungen mit 181 000 Beteiligten zu ver- zeichnen. Der Zahl der Kämpfe nach folgt die Holzindustrie mit 539 Kämpfen, doch bleibt die Zahl der Beteiligten hinter der in der Metallindustrie zurück. Während in der Holzindustrie 24 989 Personen an Streiks und Ausperrungen beteiligt waren, waren es in der Metallindustrie und in Schiffbau 95 516 Per- sonen, an 430 Streiks und Ausperrungen. Von den Streiks und Ausperrungen waren 2657 oder 83,2 Prozent erfolgreich oder teil-

weise erfolgreich, mit 330 886 gleich 89,7 Prozent befristeten Personen.

Die Zahl der Angriffsstreiks war im Jahre 1910 beträchtlich höher als in den beiden Vorjahren, sie erreichte jedoch nicht die Höhe der Jahre 1906 und 1907.

Der Prozentsatz der Streiks, die mit vollem Erfolg für die Arbeiter endeten, ist etwas größer als in den beiden Vorjahren und der größte, der seit 1900 erreicht ist.

Die Ausperrungen sind im Berichtsjahr so zahlreich gewesen, wie in keinem Jahre vorher. Hauptbeteiligt war das Baugewerbe, für das 851 Ausperrungen gezählt wurden.

Für die gesamten Streikausgaben wurden von den Verbänden selbst gebildet. Im Jahre 1910 wurden aber noch an Extrabeiträgen von den Zentralvorständen 4 988 400 M. ausgeschrieben, und an Beiträgen der arbeitenden Mitglieder in Streikorten wurden noch 521 800 M. aufgebracht.

Der Abschluß von Tarifverträgen war ein erheblich zahlreicher als in den Vorjahren. Es werden 4398 Tarifverträge für 607 023 Personen abgeschlossen. 1909 waren es 1913 Verträge für 159 628 Personen und 1907 wurden 1860 Verträge für 283 948 Personen abgeschlossen.

Die Erforschung der Organisations- und Familienverhältnisse der an Streiks und Ausperrungen Beteiligten ergibt, daß 21 904 gleich 14,1 Prozent sich im Alter bis zu 21 Jahren befinden.

Das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 kann als befriedigendes, wenn auch lange nicht als ein ausserordentliches bezeichnet werden. Das Prozentverhältnis der mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendeten Angriffs- und Abwehrstreiks geht weit über den Durchschnitt hinaus.

Streik der Berliner Eisenbauindustrie.

Schon seit längerer Zeit garte es unter den Ingenieuren und technischen Beamten der Berliner Eisenbauindustrie und am 2. Oktober traten 227 dieser Angestellten, die bei zehn Firmen beschäftigt waren, in den Streik, ein bisher noch nie dagewesenes Vorkommnis.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Urteil herausgegeben worden waren. Er hatte sich in Altona daran beteiligt, ohne im Besitz einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Er wurde vom Landgericht Altona als Berufungsinstanz zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er dadurch den § 10 des preussischen Pressgesetzes übertreten habe.

Eine „erfolgreiche“ Agitation der Gelben.

In der in Kiel erscheinenden Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung (Nr. 229 vom 30. September) lesen wir folgende Notiz:

Vor dem Hauptort der Reichswehr hatten sich dieser Tage Ungehöriges des Nationalen Arbeitervereins mit Flugblättern postiert, um auch den Arbeitern dieser Werk den „Segen“ vor Augen zu führen, den sie erwarteten, wenn sie Mitglieder dieser Organisation werden.

Streikbrecherwerbung unter den Reservisten.

Im Hamburger Holzgewerbe dauert der Kampf mit dem Arbeitgeberverband der Unterelbe nun schon 28 Wochen. Ein sehr großer Prozentfuß der Unternehmer ist vom Verband der Unterelbe abgetrennt und hat mit den Streikenden Frieden geschlossen.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Fahrlässige Tötung bei Umbanarbeiten an der Oberleitung einer elektrischen Ueberlandzentrale.

sk. Leipzig, 3. Oktober. (Nachdruck verb.) Im Oktober 1910 wurden an der Oberleitung der elektrischen Ueberlandzentrale Stöckmühle bei Pöhlitz Erneuerungsarbeiten vorgenommen.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Vom Ausland.

Schweiz.

Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Der Kongress, der in St. Gallen stattfand, feierte das fünfzigjährige Bestehen des Gewerkschaftsbundes.

Unter äußerst schwierigen Verhältnissen haben die Gewerkschaften in der Schweiz zu arbeiten. Die Schweiz hat wie wohl kein anderes Land internationalen Verkehr.

Metallarbeiter mit 12 749 Mitgliedern, der Maschinenarbeiter mit 9474 Mitgliedern, der Textilarbeiter mit 7061 und der Holzarbeiter mit 6846 Mitgliedern.

Der Bericht des Bundeskomitees (Generalkommission der Schweiz) zeigte die Reichhaltigkeit der Arbeit, die von dieser Körperschaft in der Berichtsjahresperiode geleistet worden ist. Das Bundeskomitee unterstützt die Zeitungen Gewerkschaftliche Rundschau, Revue Syndicale und Arbeiterzeitung.

Im Jahre 1910 haben in 398 Orten und 248 Betrieben Lohnbewegungen stattgefunden, an denen 86 184 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Bewegungen ohne Arbeitsstellenveränderung waren 247, Streiks 78, Ausperrungen 11.

Die Sozialgesetzgebung wird als unzulänglich erklärt; es war notwendig, überall vorwärts zu treiben, um zu verhindern, daß ein Stillstand eintritt. Ganz wie in Deutschland, betrachtet auch in der Schweiz die besitzende Klasse den Staat als eine Einrichtung zum Schutze und zur Wahrnehmung ihrer Interessen.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

Die im Verband Berliner Eisenbauindustrie organisierten Unternehmer planten die Einführung eines Normaldienstvertrags, der für die Angestellten ungünstige Bestimmungen enthielt. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten kamen diesem Plane zuvor, indem sie im April einen eigenen Vertragsentwurf dem Unternehmerverband einreichten.

und den Widerstand der Arbeiter so schnell als möglich zu brechen. Genarmerte und Soldaten waren die ganze Zeit in dem Städtchen stationiert und diese suchten durch ihre probatorische Haltung die Streikenden zu Dummheiten zu verleiten. Zuletzt verdrängten die Unternehmer gar, einen Justizmord zu arrangieren. Eine Bombenexplosion gab ihnen Veranlassung, den Sekretär des Syndikats als Urheber dieser Explosion zu bezeichnen und seine Verhaftung zu veranlassen. Gegen einen Kaufmannssohn fanden sich auch zwei Zeugen, die in der kompromittierendsten Weise gegen den Gewerkschaftsführer ausgingen. Glücklicherweise schlug dem einen Zeugen noch das Gewissen. Er bekannte, gekauft zu sein, um der verhafteten Gewerkschaft den Todesstoß zu geben. Der andere wurde, weil ein notorisch bekannter gemetner Wagner, als unglaubwürdig abgewiesen, und nur dadurch wurde eine neue Durand-Affäre in Reime gefasst. Unsere Kollegen haben es mit einem äußerst rühmlichen Unternehmertum zu tun, und sie müssen, da in diesem Kampfe wiederum das Comité des Forges, der französische Schornsteinmacherverband der Metallindustriellen, seine Hände im Spiele hatte, bei ihren künftigen Kämpfen in äußerst umsichtiger Weise zu Werke gehen.

Der andere größere Streik — in Wasse-Indre — dauert immer noch fort. Seit dem 20. Juni streiken dort in dem Blechblechwerk etwa 700 Arbeiter. Bis jetzt haben sich nur wenige Streikbrecher gefunden. Der größte Teil der Streikenden hat Gelegenheitsarbeit in den benachbarten Steinbrüchen und den umliegenden Ortschaften gefunden, so daß nur etwa 200 für die Streikunterstützung in Betracht kommen.

Die allgemeine Feuerung der Lebensmittel hat in der ersten Hälfte des September in Frankreich, und zwar in dem industriereichen Norden, zu mehreren Revolten geführt. Besonders waren es die Frauen, die nicht ohne weiteres die Verteuerung von Butter, Eiern, Milch, Fleisch und Gemüsen hinnehmen wollten. Verschiedentlich ist es gelungen, die Feuerungssprelle herabzusetzen. Das nach den Unruhebildungen abgeandete Militär stellte mit Gewalt sehr bald wieder die Ruhe her, aber das ist bisher auch die einzige Aktion gewesen, die die republikanische Regierung eines Caillaux wegen der Feuerung unternommen hat.

Eine außerordentliche Konferenz der Verbände und Gewerkschaftsparteien fand am 1. Oktober in Paris statt. Sie beschäftigte sich mit der Kriegsgefahr, der Feuerung und der neuesten Reaktionen gegen die Arbeiterorganisationen. Der drohenden Kriegsgefahr gegenüber ist beschlossen worden, die Agitation für den Frieden zu verdoppeln. Die Kriegserklärung soll als Signal für den Generalstreik betrachtet werden. Gegen die Feuerung und die Reaktion ist beschlossen worden, in ganz Frankreich Protestversammlungen zu organisieren. Weiter soll von der Frontdelegation eine Broschüre über die wirklichen Ursachen der Feuerung herausgegeben werden.

Von den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei zum erstenmal gemeinsam organisiert, fand am 24. September in Paris im Atrium eine impulsive Manifestation gegen den Krieg statt. Trotz ungünstigen Wetters, und trotz der Einschüchterungsversuche der Regierung, die Infanterie, Kavallerie und natürlich die unvermeidlichen Kolonnen zu Tausenden mobilisiert hatte, waren etwa 50 000 Pariser Arbeiter erschienen, um für den Frieden zu manifestieren.

Großbritannien.

Zum Prämien-Lohnsystem. Die Aufmerksamkeit der britischen Gewerkschaftler richtet sich neuerdings wieder mehr auf das Prämien-Lohnsystem, das dort immer noch in größerem Umfang in Gebrauch sein muß, während es in Deutschland in der Hauptsache nur bei einigen Einfuhrungsversuchen geblieben ist. Für die Mitglieder des britischen Maschinenbauerverbandes (Amalgamated Society of Engineers) ist die Anwendung dieses Lohnsystems durch ein Uebereinkommen geregelt, das am 19. und 20. August 1902 zu Carlisle zwischen dem Verbande und der Maschinenbau-Unternehmer-Föderation abgeschlossen worden ist. Die Bestimmungen dieses Carlisle Agreement genannten Uebereinkommens lauten folgendermaßen:

1. Der Zeitlohn wird auf alle Fälle und bei jedem Arbeitsauftrag bezahlt.
2. Ueberstunden und Nachtarbeit werden ebenso bezahlt, wie es schon in den betreffenden Verträgen üblich ist.
3. Die Festbestimmungen dürfen nach ihrer Festsetzung nur dann geändert werden, wenn Veränderungen in der Arbeitsmethode oder in den Produktionsmitteln eintreten.
4. Keine Firma darf das Prämienlohnsystem einführen, wenn sie nicht dabei zu bleiben beabsichtigt.

Ohne Zweifel haben nun britische Unternehmer neuerdings versucht, dieses System weiter einzuführen, so daß eine Anzahl von Gewerkschaften — namentlich in der Metallindustrie — sich veranlaßt sah, dazu Stellung zu nehmen. Zu diesem Zwecke wurde zunächst eine Kommission eingesetzt, die eine Untersuchung darüber vorzunehmen sollte. Dieser lag folgende Resolution zugrunde:

„Daß die vom Prämienlohnsystem beherrschten oder wahrheitsgemäß beherrschten Verhältnisse erfragt werden, festzustellen, ob sie bereit sind zu einem gemeinsamen Vorgehen zur Abschaffung des Systems 1. durch Unterhandlungen mit den Unternehmern und 2. wenn friedliche Mittel fehlschlagen, durch Arbeitslosigkeit.“

Iron Founders' Monthly Report, das Organ des Verbandes der Eisgießer von England, Schottland und Wales, bringt in seinem Septemberheft eine von der Kommission beauftragte Zusammenfassung über die Untersuchung. Danach haben in 17 Gewerkschaften (darunter 13 aus der Metallindustrie) 95 738 Mitglieder für und 9635 gegen die Resolution gestimmt. Dieses Resultat ist von der Tagespresse schon vor einigen Wochen mitgeteilt worden. Es ist jedoch noch einiges dazu zu bemerken. Von den 95 738 Stimmen für die Resolution entfallen auf den Verband der Eisgießerei z. B. schon allein 50 000 und gegen die Resolution ist von dieser Gewerkschaft keine einzige Stimme abgegeben worden. Dieses Ergebnis erscheint doch etwas auffällig. Man kann da schon glauben, daß der Verband dieser Organisation die Stimmung der Mitglieder gegen das Prämienlohnsystem genau genug zu kennen glaubt, daß er auf eine Urabstimmung verzichten konnte. Im letzten Jahresbericht der Allgemeinen Föderation der Gewerkschaften wird der Verband der Eisgießerei und Eisen- und Stahlgießerei mit 49 274 Mitgliedern angegeben. Ein solches Verhalten erscheint noch unserer Begriffe allerdings ein wenig gewagt, zumal wenn man bedenkt, daß von den 116 065 Mitgliedern, die der Maschinenbauerverband im Juli hatte, sich nur 20 022 an der Urabstimmung beteiligten. Von diesen stimmten 14 653 für und 5399 gegen die Resolution. Verhältnismäßig am größten war die Mehrheit bei dem schon erwähnten Verband der Eisgießerei. Von dessen 18 065 Mitgliedern stimmten 6307 für und nur 336 gegen die Resolution. Mag man nun auch das Ergebnis bei den Urabstimmungen z. B. als zweifelhaft ansehen, so ergibt sich bei den britischen Arbeitern immerhin noch eine parteiartige Haltung gegen das Prämienlohnsystem und man kann wohl auch sagen, daß ein großer Teil der Mitglieder von dem an der Urabstimmung beteiligten Gewerkschaften nur deswegen der Urabstimmung fernblieb, weil für sie die Frage des Prämienlohnsystems noch nicht brechen gemacht ist.

Auch der Verband des Maschinenbauerverbandes nimmt im Augustheft des Monatsberichts seine Stellung gegen das Prämienlohnsystem. Er sagt dort:

„Es hat zu der Klartät und der Ungeklärtheit des Prämienlohnsystems noch weiter beigetragen. Wer da glaubt, daß es zum Wohle der Arbeiter eingeführt worden ist, mag sich nun damit befassen, daß er entweder unverzüglich oder jedoch mit Rücksicht auf die Arbeiter und Prämienlohnsystem nach wieder in den Betrieben eingeführt werden, um den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter in billiger Weise gerecht zu werden, nach dem irgendwelchen, ja auch nach dem besten Interesse der Arbeiter. Es kann zwar viel zugunsten des Prämienlohnsystems gesagt werden, wenn es auf der einzigen Grundlage eines garantierten, für den Beschäftigtenarbeiter ausreichenden Minimallohnes begründet ist und wenn es dann als Ergänzung für besondere Geschäftstätigkeit betrachtet, einzeln ob diese von gewisser Regelmäßigkeit oder Unregelmäßigkeit oder von beiden herrührt.“

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir die Ortsverwaltungen um genaue Beachtung d. Folgenden:

Es sind zu adressieren:

Mitteilungen wegen Fernhaltung des Zuganges und Änderungen des Adressenverzeichnis an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16a;

Artikel, Korrespondenzen, Rundschreiben, Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen, soweit sie nicht Privatangelegenheiten betreffen, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rätestraße 16a und niemals nach Berlin, Chariteest. 3, ferner niemals an einen der Redakteure persönlich;

Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Expedition in Stuttgart, Rätestraße 16a oder in Berlin N.W. 6, Chariteest. 3, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Expeditionen zugeteilt worden ist;

Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, Privatanzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag in Firma Alexander Schilke & Co., Stuttgart, Rätestraße 16b.

Sendungen an Redaktion oder Expedition sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Vorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets direkt zu adressieren.

Es kann aber wenig für das Prämienlohnsystem gesagt werden, was man nicht auch zugunsten der Akkordarbeit anführen kann, und manches kann man noch für diese ins Feld führen, was nicht auf das Prämienlohnsystem paßt. Die aufmunternde Wirkung, die dieses System auf den Arbeiter ausüben soll, um seinen Lohn zu erhöhen, findet man ebensowohl bei der Akkordarbeit. Andererseits ist aber viel daran, was den Arbeitern die Augen verbrennt und sie verwirrt, indem es ihnen den Glauben beibringt, daß dem Arbeiter ein gerechter Lohn für seine sogenannte höhere Geschäftstätigkeit werde, während er während dieser ganzen Zeit weniger erhält als was er nach unter einem angemessenen und leichter verständlichen Akkordsystem erarbeiten würde. Das Prämienlohn hat nur einen Vorteil und der ist für die Unternehmer. Es ermöglicht dem Unternehmer, dem Arbeiter das, was ihm unter dem Akkordsystem zukommt, ganz oder teilweise vorzuenthalten.

Der Verfasser erlaubt sich nun kurz einen in demselben Geiste enthaltenen, von einem Mitgliede eingesandten Artikel zugunsten des Prämienlohnsystems und fährt dann fort:

„Wir halten es für notwendig, unsere Leser darauf aufmerksam zu machen, besonders die, die bisher glücklicherweise genug waren, der Tyrannie dieses Systems entgegen zu kommen, daß die Anwendung des Prämienlohnsystems in den verschiedenen Betrieben und in den verschiedenen Landesteilen auch beträchtliche Verschleidenheiten aufweist. In einigen Betrieben geht die eine Hälfte der ersparten Zeit an den Arbeiter und die andere an den Unternehmer, während in anderen Fällen der Unternehmer drei Viertel erhält. Wieder in anderen Betrieben hat man andere Abweichungen des Systems, einige zugunsten des Arbeiters und andere zugunsten des Unternehmers. Als Verbesserung des Akkordsystems ist jedoch das ganze unnötig. Wenn eine Verbesserung daran ist, so ist sie nur für den Unternehmer und nicht für den Arbeiter. Diese unsere Meinung wird noch durch die Tatsache bestätigt, daß wir persönlich noch niemals einen Arbeiter angegriffen haben, der unter einem anständigen Akkordsystem gearbeitet hätte und das Prämienlohnsystem demnach vorzog. Unsere allgemeine Erfahrung ist die, daß die Arbeiter, die das Prämienlohnsystem begehren, vorher in Zwang gezwungen hatten, das Akkordsystem zu wählen, das System dagegen als eine Beeinträchtigung ihrer Verdienstmöglichkeit verstanden. Die Erklärung, weshalb Zeitlohnarbeiter sich in so vielen Fällen in die Einführung des Prämienlohnsystems gefügt haben, ist sehr leicht. Eine, wenn auch geringe Erhöhung des Verdienstes ist den meisten willkommen. Fast jeder will sich für seine Arbeit soviel wie möglich verdienen. Aber wie wir schon angedeutet haben und jetzt noch besonders hervorheben, es kann dieses auch unter einem anständigen Akkordsystem erreicht werden, und alle die Aufregung, das Mißverständnis und die Unruhe, die durch diese betrügerische (bambouzling) Methode des Prämienlohnsystems hervorgerufen werden, kann man vermeiden.“

In dem vorhergehenden wollen wir nicht gesagt haben, daß die Akkordarbeit eine vollkommene Methode der Lohnbemessung sei. Andere Arbeitsbedingungen, unter denen ein Arbeiter für eine gleiche Leistung einen ehrlichen Lohn erhält, würden wir gerne vorziehen. Aber die Zeit dazu ist noch nicht gekommen. Wir müssen die Dinge nehmen wie sie sind und versuchen, sie zu verbessern. An die Abschaffung der Akkordarbeit ist zurzeit nicht zu denken und wahrscheinlich ist die Abschaffung des Prämienlohnsystems jetzt auch noch nicht möglich. Aber was wir herbeizuführen wünschen, ist, daß das Akkordsystem einmal durchgeführt ist, die Arbeiter befreit sein sollten, sie nicht durch das Prämienlohnsystem verdrängen zu lassen, einerlei wie ichöne Versprechungen auf Ertragssteigerung man zu seiner Einführung macht. Seine direkte Tendenz ist, den Verdienst der früheren Akkordarbeiter zu vermindern. Die, die früher am Zeitlohn arbeiteten, werden jetzt die Entbedung, daß der ausgleichende Vorteil um zu hohe Kosten verläßt werden ist. Wir müssen etwas tun, um an diesen Kosten etwas zu ersparen. Gewiß ist es für eine Organisation wie die unsere nicht unmöglich, mit den organisierten Unternehmern ein Abkommen zu treffen, wonach dieses System der Lohnzahlung in ganzen Lande oder in großen Teilen des Landes allgemein geregelt werden kann. Alles Theoretisieren über die Vorteile des Systems ist jedoch trügerisch und nichtig, solange die Methoden seiner Anwendung nach der tatsächlichen Erfahrung der Werkstatt so verschieden und widersprechend sind. Hier ist eine Frage, die sorgfältiger und ernsthafter Betrachtung bedarf. Sicherlich ist die Gewerkschaftsbewegung nach all ihren Kämpfen um Anerkennung und Besserung der Arbeitsbedingungen jetzt nicht zu einer Einräumung herabgedrückt worden, die nichts mehr zu tun hat, als an sich je gern mitzunehmende keine Lohnbedingungen herauszuspielen, die erst lange nachher gemahnt werden, wo sie den Arbeitern eigentlich schon gebührt.“

Literarisches.

Zur Befreiung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Feuer und Wasser. Bearbeitet von Otto Mayer, Arbeitersekretär in Leipzig. Verlag von A. Günther, Leipzig-N., Melanchthonstraße 6. 160 Seiten. Preis 1 M.

Der praktische Feizer und Seifenmacher. Anleitung für Feizer und Maschinenführer sowie zum Unterricht in technischen Schulen von Paul Brauer und Joseph Spensky. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 73 Abbildungen. Berlin W., Verlag von H. Spona, 160 Seiten. Preis gebunden 1,80 M. — Die Verbesserungen in dieser neuen Auflage beziehen hauptsächlich in der Beschreibung neuerer Feizerungen und Wasserreinigungsmaschinen.

Die wasserige Feizer und Wasserreinigung. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in gemeinverständlicher Erläuterung nach Bilanzentwürfen. Von der Partei für die Praxis dargestellt. Verfasser: Max Sack, langjähriger Sozialdemokrat; langjährig-juristischer Feizer. Verlag G. u. H. P. Metz, 3. Preis 1,50 M. — Das Buchlein hält das, was der Feizer braucht. Es ist aus der Praxis heraus von einem gründlichen Kenner des Materials in kurzer und doch klarer Weise für die Bedürfnisse des Feizers- und Seifenfabrikanten geschrieben. Der Verfasser zeigt an einer Reihe von Beispielen und Entwürfen, wie die Bilanzen auszuweisen sind. Auch sind diejenigen Fehler besonders hervorgehoben, die der Bilanzentwerfer zu oft begeht.

Unterfuchungen über die Entföhnungsmethoden in der deutschen Eisen- und Metallindustrie. Herausgegeben im Namen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Heft 9: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie. Von Dr. Walther Jollos. Berlin SW. 46. Verlag von Leonhard Simon Nf. 1911. 173 Seiten. Preis gebunden 5 M. — Wir behalten uns vor, auf dieses Buch zurückzukommen.

Lehrhefte für gewerbliche Buchführung und Kalkulation. Auf Veranlassung der Gewerkschaften in Hamburg unter Mitwirkung der Berufsvereine herausgegeben von A. Kasten, Schulinspektor für das Gewerbeschulwesen und W. Minetti, Architekt und ordentlicher Lehrer im Gewerbeschulwesen zu Hamburg. 1. Heft. Für Klempner. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Leipzig. Verlag von G. A. Ludwig Degener. 118 Seiten. Preis 80 P.

Leitfaden der Bauverbandslehre. Teil III: Der Facharbeiter und Bauklempner. Für den Unterricht und zur Selbstbelehrung bearbeitet von Direktor Hefsch an der königlich Preussischen Baugewerkschule zu Hagenau, Hefsch unter gefälliger Mitwirkung von Direktor Professor Wienlopp an der Großherzoglichen Landesbaugewerkschule zu Darmstadt. Dritte verbesserte Auflage. Mit 192 Abbildungen. Leipzig. Verlag von G. A. Ludwig Degener. 88 Seiten. Preis 1,60 M.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)

Samstag, 14. Oktober:
Wetzlar. Obstehaus, halb 9 Uhr.
Wiesbaden. Schreyer, Markt 21, halb 9 Uhr.
Wald. Schwab, Werteller, 8 Uhr.
Waldenburg. Lampertshalle, halb 9 Uhr.
Waldbrunn. Gambrius, 9 Uhr.
Waldenfels. Volkshaus, halb 9 Uhr.

Sonntag, 15. Oktober:
Waldenburg (Heizungsmonteur). Verbandshaus, Kirchhainweg, 10 Uhr.
Oberhausen-Sierke. Busch, 7 Uhr.
Dienstag, 17. Oktober:
Neu-Ruppin. Krafemann, halb 9 Uhr.
Mittwoch, 18. Oktober:
Marientwerder-Treidel. Schäferstr. 8.

Donnerstag, 19. Oktober:
Waldenburg a. S. Vorwärts, 8 Uhr.
Sachsen-Altena-Siedlungsstellen. Arbeiter, Gräter, Sternstr. 75, 8 Uhr.
Waldenburg-Neuendorf. Singer, 1/8 Uhr.
Waldbrunn (Elektriker). Möller, 8 Uhr.
Walden. Sächsischer Hof, halb 9 Uhr.
Walden. Wasse, halb 9 Uhr.

Freitag, 20. Oktober:
Walden. Fröhlicher Mann, halb 9 Uhr.
Leipzig i. S. Neue Sorge, 9 Uhr.
Samstag, 21. Oktober:
Walden. Wilde, halb 9 Uhr.
Waldenburg. Drei König, 8 Uhr.
Walden-Elber. (Formen, Gießerei, Arbeiter). Herhaus, Walden, 1/8 Uhr.
Walden-Verkehrslokal-Gewerkschaft. S. Walden a. S. Zum Schatten, halb 9 Uhr.
Walden. Engel, halb 9 Uhr.
Walden. Wasse, halb 9 Uhr.
Walden (Elektriker). Nordpol, 1/8 Uhr.
Walden. Mühlenterrasse, halb 9 Uhr.
Walden. Schwerte, Stamm, 1/8 Uhr.
Walden-Anna. Goh, Flügelftr. 8, 1/8 Uhr.
Walden. Wöden, halb 9 Uhr.
Walden. S. Union, halb 9 Uhr.
Walden. Wiese, Gilmerswinkel, 1/8 Uhr.
Walden. Gammeln, Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Walden (1. Bez.). Gumme, halb 9 Uhr.
Walden. Lustiges Gut, halb 9 Uhr.
Walden. Deutsches Heim (S. Walden) in Walden, 8 Uhr.
Walden. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Walden. S. Walden, Walden, 1/8 Uhr.
Walden. S. Walden, Walden, 1/8 Uhr.

Sonntag, 22. Oktober:
Walden (Bez.). Sandgasse, 8 Uhr.
Walden-Bezirk. Lindenhof, 1/10 Uhr.
Walden (Elektriker). Roter Baum, 1/11 Uhr.
Walden (Formen). Wagners, 11 Uhr.
Walden. Wiese, Walden, 10 Uhr.
Walden a. S. 3 Uhr.
Walden-Bezirk. Georg, Waldenstraße, 4 Uhr.
Siegen (Formen). Dilger, halb 11 Uhr.

Dienstag, 24. Oktober:
Hannover (Bauhilf.) Gewerkschaft, 1/8 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Chemnitz (Vertrauensmänner der Heizungsmont.) Sonntag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.
Walden. Das Bureau befindet sich jetzt Mühlenterrasse, Zimmer Nr. 9. Geschäftsführer: Kurt Weste.
Dresden. (Vertrauensmänner der Heizungsmont.) Sonntag, 19. Okt., vorm. halb 10 Uhr, im Volkshaus.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

00 Berlin NW. 6, Chariteestrasse 3. 00

Privat-Anzeigen.

Chemische Fabrik Süddeutschlands sucht für dauernd per sofort tüchtige ausgeübte Kupferstämmler. Offerten mit Schiffe „O 3907“ an Wasserstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.

Tüchtige Quftergärtler, welche selbständig arbeiten und sich mit guten Referenzen ausweisen können, werden per sofort für dauernde Arbeit gesucht. Offerte mit Lohnansprüchen an Josef Hauber, Feiler- und Metallwarenfabrik, Brunn in Wahren.

3 Metallbrüder auf Messing u. Aluminium werden sofort angenommen. Ernst Julius Arnold, Dresden-N., Leipzigerstr. 78.

Edeltische, selbständige Monteur, Schlosser u. Dreher in dauernder und lohnender Arbeit für Rotationsdruckmaschinen gesucht. Angebote mit Altersangabe u. Zeugnisabschriften sind zu richten an die Postfach 10000, Dresden-N., Postfach 10000, Dresden-N., Postfach 10000.

Druck und Verlag von Alexander Schilke & Co., Buchdrucker und Verlag, Stuttgart, Rätestraße 16 b.